

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

5 (7.1.1914)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Posthalter 2,10 M. durch den Briefträger 2,25 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Postamtliche Billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

„Jetzt hört alle Jurisprudenz auf!“

Eine Anerkennung zunächst: Der Oberst v. Reutter, der in diesen Tagen vor dem Straßburger Kriegsgericht steht, macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Er sucht sich nicht herauszureden, er bekennt sich offen zu den Taten, deren er beschuldigt worden ist. Ja mehr als das: er ist stolz auf sie, denn er glaubte seine militärische Pflicht erfüllt zu haben und würde gewisse Beweismittel haben, wenn er anders gehandelt hätte.

Diese schöne Offenheit ist aber nicht nur menschlich sympathisch, sie ist auch politisch von ungeheurer Werte, denn sie rückt das wahre Wesen des Militarismus in die denkbar hellste Beleuchtung und gibt uns ein klares und lückenloses Bild von der Auffassung, die im deutschen Offizierkorps über die Stellung der Armee im staatlichen Leben genährt wird, und nicht minder von dem Seelenzustand der Leute, die vom Kronprinzen bis zu Jagow, vom Kriegerverein in Dingsda bis zur „Post“-Redaktion, von den angelegten Offizieren des 99. Infanterieregiments als Männer und Helden preisen. Man sollte die Ausführungen Reutters im stenographischen Wortlaut als Flugblatt verbreiten, denn sie sind eines der lehrreichsten Dokumente preußisch-deutscher Kultur, das all denen, die aus dem deutschen Reiche ein modernes Staatswesen machen wollen, in der Agitation unerschöpfbare Dienste leisten wird.

„Jetzt hört alle Jurisprudenz auf!“ rief der Oberst nach seiner eigenen Aussage in den Panzerentwurf eingeschriebenen Richtern zu. Das Wort liefert den Schlüssel zu seinem und seiner Offiziere Handeln. Auf der Jungs lag ihm, hinzuzufügen, daß Mars die Stunde regiere. Das hat er verschluckt. Aber es bedurfte des Wallensteinjats auch nicht. Es konnte ohnehin keinem Zweifel unterliegen, daß der Kriegsgott sich der absoluten Herrschaft bemächtigt hatte und sich über die bürgerlichen Rechtsgarantien hinwegsetzte.

Der Regimentskommandeur hat sich für berechtigt und verpflichtet gehalten, auf eigene Faust die öffentliche Ruhe wieder herzustellen, da nach seiner Meinung die Zivilbehörde verlagte und er beruft sich für seine Verteidigung auf eine preußische Kabinettsordre vom Jahre 1820. Wir kennen diese ehrwürdige Ordre nicht, bezweifeln aber zum mindesten, daß sie in Elsaß-Lothringen die Gültigkeit hat, die Herr v. Reutter ihr beimißt. Wir fenn nur das in der Tat auch in Elsaß-Lothringen eingeführte preußische Gesetz vom 20. März 1897, das den Waffengebrauch des Militärs im Dienst betrifft, das dem Militär aber keinerlei Recht zum selbständigen Eingreifen in die Kompetenzen der Zivilbehörde gibt, sondern nur Anweisungen für den Fall erteilt, daß es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit auftritt.

Aber wir setzen die Existenz der bald hundert Jahre alten Kabinettsordre voraus. Wir wollen auch nicht bestreiten, daß der Oberst sich in gutem Glauben auf sie beruft. Wir sind ja daran gewöhnt, daß noch vertäubtere Eskime, Erlasse und Kabinettsordres gelegentlich herangezogen werden und betrachten es schon als ein Zeichen von moderner Genügnung, wenn man bei der Regelung des Eisenbahnverkehrs nicht auf die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts von 1794 zurückgreift. Nur müssen wir es, mag es auf dem vergilbten Papier zugelassen sein oder nicht, als ungeheuerlich bezeichnen, daß der Kommandeur eines Infanterieregiments selbständig feststellen kann, ob die öffentliche Ruhe gestört ist und ob der „Revolution“ gegenüber die Zivilbehörde verlagte.

Was sehen wir im Falle Zabern? Der Herr Oberst glaubt das Militär von der Zivilbehörde nicht genügend geschützt. Er hat aus einer Reihe von Vorfällen die Überzeugung gewonnen, daß bei der Zivilbehörde eine gewisse Animosität gegen das Militär besteht und daß sie bei Streitigkeiten, Kaufereien usw. Partei gegen die Soldaten nehme. Die Überzeugung ist natürlich ganz subjektiv und nicht minder subjektiv ist speziell die Auffassung, daß nach der Wadesaffäre das Militär von der Polizei im Stich gelassen sei. Aber die subjektive Meinung genügt. „Es drängte sich mir die Überzeugung auf“, sagt Herr v. Reutter, „daß ich die Sache selbst in die Hand nehmen müßte“. Und er nimmt sie in die Hand und macht sich zum absoluten Herrscher in Zabern. Er proklamiert sozusagen auf eigene Rechnung den Kriegszustand.

Er geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die öffentliche Ordnung gestört sei. Worin besteht diese Störung? Man erinnert einen Leutnant durch Zurufe an ein gewisses Mißgeschick im Manöver, die Offiziere erhalten anonyme Briefe (wohlgemerkt nach der Wadesaffäre). Man lacht hinter ihnen her, oder man sieht wie der Bankbeamte Gahn doch so aus, als wenn man lachen wollte. Am 27. November sammeln sich 40, 50, vielleicht auch 100 Menschen auf dem Schloßplatz. Das ist nach des Obersten Überzeugung der Aufruhr, die Revolution, und damit ist die zweite Vorbedingung

zu seinem selbständigen Eingreifen gegeben. Die Zivilbehörden haben sich von jetzt ab nach seiner Meinung ihm zu fügen. Er läßt das Militär das Seitengewehr aufpflanzen, er läßt es sich schußbereit machen, und nur der Zufall verhindert die Blutabzapfung, die Herr v. Reutter im Gespräch mit dem Kreisamtmann als unter Umständen sehr heilsam bezeichnet hatte.

Wenn man von der ganzen Affäre nichts weiter kennt als die Verteidigungsrede des Offiziers, würde man vielleicht zu der Vermutung gelangen, ein Regimentskommandeur sei in Casarenewahnsinn verfallen. Aber ganz abgesehen davon, daß er sich auf eine Kabinettsordre stützt, wird sein Verhalten von den „nationalen Elementen“ im Lande nicht nur als einmüßig, sondern als mustergerühmlich gepriesen und er sieht vor Gericht mit dem Anerkennungstelegramm des Mannes in der Tasche, der, wenn es der Zufall will, morgen sein oberster Kriegsherr sein kann. Der Wahnsinn ist also nicht bei dem Obersten zu suchen. Der Wahnsinn steckt im System, steckt in dem Umstand, daß die Armee ein Staat im Staate ist und außerhalb und oberhalb des gemeinen Rechtes steht.

Man wird dem Herrn v. Reutter vielleicht trotz seiner hohen Protektionen verurteilen. Aber was hilft? Es wird von den patentierten Patrioten und Staatsföhlen als Märtyrer gefeiert werden und hundert gegen eins ist zu wetten, daß in unterm Offizierkorps Obersten und Generale genug vorhanden sind, die in ähnlichem Falle sich ähnlich verhalten werden.

Von den Leutnants gar nicht zu reden. Sie gehorchen dem Befehl. Sie verhaften, sie schlagen Hausknechte ein, sie dringen in Privatwohnungen ein. Befehl! Was kümmert sie Recht und Gesetz? Der Oberst kommandiert! Und für den Oberst hört alle Jurisprudenz, sofern sie überhaupt jemals für ihn angefangen hat, auf, wenn er glaubt, daß sie mit irgend einem noch so taubigen Befehl irgend eines noch so verstorbenen preußischen Königs nicht in Einklang zu bringen sei. Gesetz und Verfassung, Jurisprudenz und Zivilbehörde sind ihm nichts, aber auch gar nichts. Die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn ist ihm alles. Teils, weil er in diesem Glauben erzogen ist, teils, weil er das schlimmste befürchten muß, wenn er ihn aufgibt.

Deutsche Politik.

Reichstagsauflösung?

Mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung im Frühjahr beschäftigt sich die freikonservative Zeitschrift „Das neue Deutschland“ in folgenden Ausführungen:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß die Luft im Reichstag elektrisch überladen ist und niemand voraussehen kann, wann und ob eine gewalttätige Entladung erfolgt. Namentlich birgt der Etat eine Fülle von Konfliktsmöglichkeiten. Daß der Reichstag Etatfrage ohne Zustimmung des Bundesrats erhöht und demnach dem Bundesrat seine verfassungsmäßige Mitbestimmung am Etat raubt, ist ein unmöglicher, aber wiederholt nur mit Mühe und durch Nachgiebigkeit der Verbündeten Regierungen verhindert Zustand. Ebenso würde jede unrichtliche, den Interessen der Landesvertretung zuwiderlaufende Streichung im Gesetzesrat zu einem Konflikt führen können oder richtiger führen müssen. Wenn die Anhebungen und Drohungen bei den Zaberner Debatten auf Streichungen im Militäretat verwirklicht werden sollten, so ist der Konflikt ganz unermesslich. Aber eben deshalb glauben wir nicht daran. Die Sozialdemokraten wissen genau, daß Neuwahlen unter einer nationalen, die staatsverhaltenden Elemente einigenden Wahlparole ihnen eine vernünftige Niederlage bringen müßten. Das Zentrum wird alles vermeiden, was eine Auflösung herbeiführt, bei der das Zentrum wie 1907 mit den Sozialdemokraten gleiche Front hat. Selbst der Fortschritt wird erkennen, daß er bei einer solchen Auflösung gänzlich zerrieben wird. Die Regierung hat deshalb eine sehr starke, der Reichstag eine sehr schwache Position.“

Das sind ja ganz schreckliche Dinge, die da in Aussicht stehen! Die Sozialdemokratie vernichtet, die Fortschrittspartei zerrieben, das Zentrum in gleicher Front mit der verpöndelten Sozialdemokratie, hoch zu Ross aber als Sieger die deutsche Reichspartei, die zurzeit im Reichstag ein knappes Duzend Mandate besitzt.

Trotz dieser erschreckenden Aussichten wird die Sozialdemokratie zeigen, daß sie den Konflikt nicht fürchtet. Die Stellung der Regierung ist nämlich in Wirklichkeit sehr schwach und die des Reichstags unüberwindlich stark, wenn die bürgerlichen Parteien bei der Stange bleiben. Leben sie aber Berrat und fallen sie der Sozialdemokratie im Kampf um das Parlament in den Rücken, so wird das zum Schluß doch nur wieder der Vorteil der Sozialdemokratie sein, dann wird das Volk wissen, von wem und von wem allein es Schutz seiner Rechte zu erwarten hat.

Das dementierte Kronprinzen-Telegramm.

Was dementiert wird, kann noch immer wahr sein. Aber was nicht dementiert wird, ist auf alle Fälle wahr. Die Nachricht, daß der hoffnungsvolle Kronprinz des deutschen Reichs dem Obersten v. Reutter für seine Haltung in der Zaberner Angelegenheit telegraphisch seine „Erwunderung“ ausgesprochen und ihn zu seiner „energischen Haltung“ beglückwünscht habe, ist bisher nicht

dementiert worden. Man behauptet weiter, daß die Verlesung des jungen Herrn von Danzig nach Berlin aus diesem Anlaß erfolgt sei, da man ihn besser unter den Augen behalten wolle. Auch dies ist nicht dementiert worden. Schließlich wird erzählt, daß das Kronprinzen-telegramm Anlaß zu einer mehrstündigen Unterhaltung zwischen einem Vater und einem Sohn gegeben habe. Und auch dies ist bisher nicht dementiert worden.

Warum geht Bethmann Hollweg nicht gegen Jagow vor. Noch immer hört man nichts von der angeforderten „Korrektur“. Je nun, es scheinen neuerdings soviel „Korrekturen“ notwendig geworden zu sein, daß der Herr Lehrer völlig den Kopf verloren hat. Es geht immer höher! Es wird immer deller!

Der Dementierapparat aber hat seine Tätigkeit eingestellt. Damit ist die letzte sichtbare Regierungsfunktion des Herrn Reichskanzlers erloschen. Wenn er nicht einmal mehr dementiert — ja, wie soll man dann wissen, ob er überhaupt noch da ist?

Der Krieg gegen Elsaß-Lothringen.

Elsaß-Lothringen ist Feindesland, und die elsassische Regierung ist eine feindliche Regierung. So kann man jetzt in der konservativen Presse lesen, und wenn es nach ihr geht, kann die preußische Kriegserklärung gegen Elsaß-Lothringen nicht mehr fern sein. Die „Kreuzzeitung“ tobt gegen die Zivilbehörden, die nicht zugeben wollen, daß in Zabern ein Attentat auf einen Wachtposten verübt worden sei, und wittert hinter den ihr unbequemen Feststellungen des Staatsanwalts gefährliche politische Absichten der Straßburger Regierung. Zum Schluß erklärt sie:

Wir halten uns für verpflichtet, es auszusprechen, daß unfere Erachtens dieses Verhalten der elsassischen Regierung vollständig unvereinbar mit der Verantwortung gegenüber dem Reiche ist, die die Regierung in diesem Grenzlande zu tragen hat.

Noch wahnsinniger führt sich die „Post“ auf. Die flucht und wektert:

Wenn sich der Konfliktstoff so sehr gehäuft hat wie jetzt leider vor dem Elsaß, wenn ein Druz und eine Schwüle auf dem ganzen Lande liegt, so muß eben ein Berliner Donnerwetter die politische Atmosphäre reinigen. Es bleibt kein anderes Mittel.

Man braucht sich andererseits nur umfern Herrn Reichskanzler mit dem Donnerkeil vorzustellen, um sich darüber Klar zu werden, daß von dieser Stelle aus ein entscheidendes Wort nicht zu erwarten ist. Das weiß man offenbar auch im Elsaß. Und man handelt darnach. Seine Methode des einseitig-andrererseits ist mit schuld daran, daß die Dinge im Elsaß sich so verhängnisvoll weiter entwickeln und daß die Anarchie schon frech ans Tageslicht tritt. Seine lawarische Art ist seiner schrecklichen Entladung fähig, vor der man im Elsaß zittern könnte.

Also eine sehr „schreckliche Entladung“ wird gewünscht. Elsaß-Lothringen soll zittern. Wollten doch morgen die Leutnants v. Fortner und Schad nach dem Straßburger Palais marschieren und den Statthalter für ihren Kriegsgefangenen erklären, sie wäre die Helden des Vaterlandes — wenigstens in der „Post“.

Der Fall Jagow ist erledigt.

Der kühne Stratege und Berliner Polizeipräsident von Jagow kann nach wie vor in amtlicher Eigenschaft zugunsten der Militärbehörden Partei ergreifen, ohne befürchten zu müssen, daß ihm deswegen auch nur ein Härchen gekrümmt wird. Wie das führende konservative Organ in Rommern, die „Pommersche Tagespost“ aus durchaus zuverlässiger Privatmeldung erfährt, beschränkt sich die ganze Aktion gegen Herrn v. Jagow auf eine amtliche Besprechung des Ministers des Innern mit dem Polizeipräsidenten. Das Staatsministerium hat sich mit der Sache überhaupt nicht befaßt. Der Minister habe keine Verantwortung gefunden, gegen Herrn v. Jagow dienstlich vorzugehen, da seine publizistische Auslassung eine reine private Äußerung gewesen sei. Herr v. Jagow soll aber doch nahegelegt worden sein, private Auslassungen über öffentliche Fragen nicht mehr zu publizieren.

Der „Große Unfug“ der Regierung.

Die „Kreuzzeitung“ holt zu einem überaus scharfen Angriff gegen die Regierung von Elsaß-Lothringen aus wegen der amtlichen Berichterstattung über die Schüsse, die auf einen Wachtposten in Zabern angeblich abgegeben worden sind. Das staatsverhaltende Blatt hebt hervor, daß die amtliche Berichterstattung sich ganz offenbar der amtlichen Billigung erfreue und fährt dann fort:

„Damit wächst sie aus dem Gebiete des groben Unfuges hinaus zu einer hochbedenklichen Erscheinung. Es spricht sich darin dieselbe Tendenz aus, wie in der Äußerung des Staatssekretärs von v. Bulach, daß er „nicht mehr Anlaß zur Demission“ habe — die Tendenz der Zivilbehörde, sich unter allen Umständen als Siegerin über die Militärbehörde hinzustellen. Darüber vergißt die Zivilbehörde die Pflicht, die Auffassung zu bekunden, daß sie die fortgesetzten Angriffe auf das Militär mit allem Eufte und Nachdruck verhindern und verfolgen werde. Nur um dem Militär gegenüber Recht zu behalten, veranlaßt sie die tendenziöse, widerspruchsvolle Berichterstattung durch die vor irgend welcher Aufklärung des Sachverhalts scharfe Schilfe aus einer

Nähe von 90 Metern vor einem Militärposten in jehiger Zeit vertuscht und als ein harmloses Vorkommen hingestellt werden sollten. Das tut dieselbe Regierung, die noch vor kurzem besondere gesetzliche Maßnahmen gegen die nationalistische Verhöhnung der Bevölkerung selbst als nötig anerkannt hat. Wir halten uns für verpflichtet, es auszusprechen, daß unseres Erachtens dieses Verhalten der eifersüchtigen Regierung vollständig unberechtigbar mit der Verantwortung gegenüber dem Reiche ist, die die Regierung in diesem Grenzlande zu tragen hat."

An Deutlichkeit läßt diese Sprache nichts zu wünschen. Wenn aber sozialdemokratische Blätter derartige Ausdrücke gebrauchen würden, dann würde es gerade die Presse vom Schlage der „Kreuzzeitung“ sein, die laut nach dem Staatsanwalt rufen würde, damit die Autorität der Behörden nicht untergraben werden kann. Wenn es allerdings einmal gegen den Willen der Konservativen geht, dann bereitet ihnen die Erhaltung der behördlichen Autorität die allergeringste Sorge.

Protest gegen die Politik der Vera Bethmann Hollweg.

Eine wichtige Kundgebung gegen den von den Schärfmachern geplanten und von der Regierung unterstützten Koalitionsrechtsraub, der sich namentlich in dem immer stürmischer verknagten Gesetze zum Schutze der Streikbrecher offenbart, sowie gegen die ganze volksfeindliche Politik der Bethmann Hollwegischen Regierung fand am Sonntag nachmittag in Varmen statt. Die Riesenhalle des Birtusgebüdes füllten mehr als 5000 Personen und in zwei weiteren großen Nebenräumen mußten gleichfalls Versammlungen abgehalten werden, an denen etwa 2000 Personen teilnahmen. Da eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlungen sämtliche Räume wegen Ueberfüllung polizeilich abgeschlossen werden mußten, fanden überdies Tausende keinen Einlaß mehr. Unter großem Beifall sprachen die Genossen Ebert und Scheidemann. Eine entsprechende Resolution fand in den drei Versammlungen einstimmige Annahme.

Nationalliberaler Dank.

Die „Neuzeitliche Lehrerzeitung“ teilt mit, daß der Vorsitzende des Ortsbürgervereins, Lehrer Ventler, nach 14jähriger Amtstätigkeit in seiner jetzigen Stelle vom Minister plötzlich nach Schmelz bei Memel versetzt worden ist. Die Versetzung soll erfolgt sein, weil er als Nationalliberaler im letzten Wahlkampf heftig gegen die Konservativen und für den nationalliberalen Bürgermeister May-Ortelsburg, dessen Aufstellung als Kandidaten er wesentlich bewirkte agitatorisch tätig war. Die Schulddeputation in Ortelsburg mit Bürgermeister May an der Spitze hat sich diesen Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung seelenruhig gefallen lassen, ohne das geringste dagegen zu tun.

Ja, Nationalliberale! Sie würden sich vor einem Stürzungskrieg der Behörden sogar selbst aufgeben, wieviel lieber ihre Parteifreunde und Helfer.

Der konfessionelle Eid.

Was der Arbeit der Verständigen nicht gelingt — die Zeloten bringen es fertig. Seit Jahren drängen alle Verständigen, auf die Abschaffung der religiösen Eidesformel vor Gericht. Die Achtung vor Gott allein müßte es verbieten, daß man einen Menschen, der nicht an Gott glaubt, zwingt, unter Anrufung Gottes zu schwören. Die Achtung vor der Wahrheit verlangt, daß ein Mensch, der Wahrheit auszusagen soll, seine Aussage nicht mit einer Lüge beginnt. Endlich verlangt es die Achtung vor dem Menschen und seiner Gewissensfreiheit, daß man ihn von Gerichts wegen bei der Erfüllung einer bürgerlichen Pflicht nicht in Gewissensnöten bringt.

All diese einfachen und logischen Gründe haben bisher verjagt. Der religiöse Eid blieb bestehen. Nun kommt ein Schöffengericht und leistet der Agitation für die Abschaffung des religiösen Eides die unschätzbaren Dienste.

Das Schöffengericht in Berlin-Tempelhof hat in einer Strafsache wegen Diebstahl es abgelehnt, den Angeklagten zu verurteilen und zwar, weil zwei der Zeugen vor Gericht angegeben hatten, daß sie konfessionslos seien. Die Zeugen waren sonst durchaus einwandfrei. Aber dies Gericht gab auf ihre eidlische Aussage vorläufig nichts, da es nicht wisse, welche Bedeutung diese Zeugen dem Eide beimäßen. Es

vertrage daher die Sache, um erst noch Zeugnisszeugen des Angeklagten zu vernehmen.

Das bedeutet nichts anderes als die bürgerliche Infirmierung dieser beiden konfessionslosen Zeugen und mit ihnen aller konfessionslosen Staatsangehörigen. Die Orthodoxen aller Konfessionen werden sich bei dieser Nachricht stillvergnügt die Hände reiben. Aber sie werden dabei die Ohren sein und das Heubündel, das ihnen der wahrscheinlich gesinnungsverwandte Schöffengericht darbot, wird sich als ein sehr gefährliches Futter erweisen. Es wird die Orthodoxie nicht härten, sondern die Bewegung gegen sie und für den Ausritt aus der Kirche.

Schon zieht sogar ein gut bürgerliches und evangelisches Blatt — die „Tägl. Rundschau“ — gegen diese unglaubliche Entscheidung des Tempelhofer Schöffengerichtes schwer vom Leder. Es schreibt:

„Ungeheuerlich finden wir es, jemand um seiner Konfessionslosigkeit willen infam machen zu wollen. Und darauf läuft es doch hinaus, wenn man jemanden um dessen Willen die Eidesfähigkeit absprechen will. Es wird doch kein ernsthafter Mensch behaupten wollen, daß ein Kirchenloser, Konfessionsloser nicht auf der höchsten sittlichen Stufe stehen könne, auf einer viel höheren als Millionen Kirchenanhänger. Man bedenke doch nur, welchen verbrecherischen Gewissenszwang es für ehrliche Leute bedeuten würde, die nach weltlicher und ehrlicher Erwägung der Kirche den Rücken gewendet haben, wenn daraus eine Infirmierung der bürgerlichen und menschlichen Ehre hergeleitet werden dürfte. Hier gilt es für die ganze Partei der ehrlichen Leute, von Anfang an Einspruch gegen eine Ungeheuerlichkeit.“

Das stimmt Wort für Wort. Doch es sollte beim Worte nicht bleiben. Jeder, dem diese Brüllfrierung der Konfessionslosen an die Nieren geht, müßte logischer Weise die alte sozialdemokratische Forderung auf Abschaffung der religiösen Eidesformel und zwar vor Gericht wie anderweitig und Erziehung durch eine bürgerliche Formel mit aller Entschiedenheit unterstützen. Man wird ja nun sehen, wie weit die Einführung der „Tägl. Rundschau“ eine ehrliche war.

Wir aber möchten fast beten: Gott erlaube uns die Dummheit der Zeloten aller Richtungen!

Berminderung der Offiziersburschen.

Die „Mil.-pol. Korrespondenz“ will erfahren haben, daß im Kriegsministerium gegenwärtig Erwägungen darüber stattfinden, wie die Zahl der Offiziersburschen vermindert werden könnte. Man hat die Absicht, einzelnen Offizieren statt eines Burschen eine Geldentschädigung von 500 Mk. zu geben. — Auch diese Lösung der Frage des Burschenwesens muß bekämpft werden. Kein Offizier hat ein Recht auf die Zuweisung eines Burschen. Es ist direkt ein Verstoß gegen die Verfassung, wenn jedes Jahr mehr als 20 000 Soldaten dem Dienst ganz oder teilweise entzogen werden, um sie als Diener zu verwenden. Deshalb wäre es auch ungesetzlich, einer Anzahl Offiziere 500 Mark zu geben, als Ablösung eines Rechtes, das überhaupt nicht vorhanden ist. Wenn der Offizier eine besondere Bedienung braucht, dann soll er sie selbst bezahlen, wie das andere Staatsbürger in diesem Falle auch tun müssen. Den Offizieren eine Ausnahmestellung einzuräumen, dazu liegt wahrlich nicht der mindeste Grund vor.

Eisenbahnterrorismus.

Die Direktion Mainz der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung hat am Samstag den Eisenbahnarbeiter Heinrich, den Bezirksvorsitzenden des Verbandes Deutscher Eisenbahn-Gewerkschaften und Arbeiter, gefoltert. Es ist ihm auferlegt, unter Vorauszahlung des täglichen Lohns sofort auszutreten. Die Bezirksorganisation des Verbandes zählt im Bezirke Mainz circa 5000 Mitglieder. Der Zentralvorsitzende des Verbandes ist der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Jelder. Der Genahregelte war in sehr energischer Weise für die Interessen der Arbeiter eingetreten, was die Direktion mit der Kündigung beantwortete. — Die Organisation hat bekanntlich auf das Streikrecht verzichtet. Ihre Versammlungen tagen unter der Aufsicht der Direktion und trotzdem diese Maßregelung.

das Seil nicht bemerkt, und wenn sie wiederkommen, bin ich längst in Sicherheit. Jetzt stellt sich die Schildwache, Gewehr bei Fuß, dicht neben meinem Versteck auf und betrachtet sich den Himmel. Ein Pfiff. Schnell geht der Soldat darauf zu; es ist sein Kamerad vom Nachbortor, der gern eine kleine Ansprache hätte. Jetzt ist der Weg frei, nichts mehr zu fürchten; ich kriechte auf den Knien weiter nach dem Kirchhof zu und erreichte ihn in dem Augenblick, als alle Uhren der Stadt durch- und nach-einander die Mitternachtsstunde verkünden. Wie fatal, da kommt der Mond hinter einer Wolke hervor und beleuchtet alles mit seinem weichen Schein, und doch muß ich noch durch den Kirchhof in seiner ganzen Länge kriechen! Während ich auf dem Boden zwischen den Gräbern liege, erfüllt mich auf einmal eine kindische Angst vor den Toten dort unten, ich kriechte hastig weiter, und da bin ich an der Mauer. Nun werse ich, wie verabredet, ein Brocken Erde darüber und warte. Nichts. Ich werse noch einmal und höre auf der andern Seite eine unbekannte Stimme rufen: „Na, wait is denn datt? Karl, bist du datt?“

Verfeinert vor Entsetzen rühre ich mich nicht mehr, der kalte Schweiß perlt mir an den Schläfen. Sekunden, Minuten — mir scheinen es Jahrhunderte — verstreichen. Plötzlich glaube ich den Schneider husten zu hören. Schnell ein neuer Erdklumpen.

„Du bist doch gar zu doll, Karl,“ sagt wieder dieselbe Stimme wie dorbis.

Ich begreife nichts mehr, nur das eine, daß ein anderer als der Schneider draußen Wache steht. Es ist fast ein Uhr morgens. Noch einen letzten Versuch wage ich und werfe noch einmal; nichts rührt sich drüben. Mein Fluchverfluch ist gescheitert.

Sinter den Grabsteinen kauern, denke ich über meine Lage nach; sie ist ganz einfach verwerflich. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als zu versuchen, wieder in meine Zelle zu gelangen, selbst auf die Gefahr hin, im Hof oder am Seil erschossen zu werden. Und ich trete den furchtbaren, gefahrvollen Weg an, zurück in die Eklatieret.

Wahrscheinlich wird die Entlassung im preussischen und hessischen Landtag zur Sprache kommen.

* Gegen 40 000 Kirchenaustritte für 1913 in Groß-Berlin beantragt das Komitee „Konfessionslos“. Für 1912 beantragte es 10 000 und die amtliche Statistik stellte nachher auch 8922 Austritte der Evangelischen fest, wozu die „Germania“ ca. 1000 Austritte der Katholiken zuzugab. Von den 10 000 Austritten des Jahres 1912 erfolgten in Versammlungen nur 1700. Da im vergangenen Jahr in Versammlungen 7000 Austritte eingeleitet wurden, so ergibt dieselbe prozentuale Steigerung ca. 40 000. Diese Schätzung deutet sich mit den der „Nationalzeitung“ gemachten Angaben aus richterlichen Urteilen, monach in diesem Dezember bis zum 23. allein auf Amtsgericht Berlin-Mitte 17 000 Austritte erfolgten. Es wurde ferner festgestellt, daß 1913 auf Amtsgericht Charlottenburg allein gegen 2300 Austritte erfolgten, in Neukölln 5600, in Spandau mindestens 1800, voraussichtlich aber gegen 2000. In Neukölln erfolgten am dritten Weihnachtstfesttag allein gegen 1000 Austritte, der Andrang war so stark, daß zwei Frauen ohnmächtig wurden. Nach früheren Erfahrungen werden 1913 in ganz Deutschland mindestens ebensoviele Austritte wie in Groß-Berlin erfolgt sein, sodaß das 8. Hunderttausend an Konfessionslosen weit überschritten sein muß. (Bei der Volkszählung 1910 waren es genau 205 900). Die oft gehörte Behauptung aus kirchlichen Kreisen, daß die Anmeldungen zum Kirchenaustritt in der Mehrzahl nicht vollzogen werden, wird in der konservativen „Wilmersdorfer Zeitung“ durch Stimmen aus dem Richterstande widerlegt. Es heißt dort: „Zur Kirchenaustrittsbewegung. Wir haben uns der Mühe unterzogen und sind mit einer Anfrage, betr. den Prozenzfuß derjenigen, die ihren angeforderten Austritt aus der Landeskirche wirklich vollzogen haben, an mehrere Amtsrichter der Gerichte Groß-Berlins, die die offiziellen Austrittserklärungen entgegennehmen müssen, herangetreten. Die Auskünfte, die wir erhielten, lassen das Bild der Austrittsbewegung in seinem ganzen Umfange erscheinen. Etwa 90 Proz. der in den öffentlichen Aufzeichnungen bekannt gegebenen Austrittswilligen treten binnen kurzer Zeit tatsächlich durch die allein gültige Erklärung vor den zuständigen Amtsrichtern aus. Unter diesen Ausgeschiedenen sind gerade der bessere Arbeiterstand und der Mittelstand am meisten vertreten. In allen solchen Fällen, wo die Austrittenden sich in ein Gespräch einlassen, ist ferner wahrzunehmen, daß eine Segnerschaft gegen die Religion an sich kaum besteht. In vielen Fällen werden sogar gerade religiöse Beweggründe für den Austritt als maßgebend genannt. Natürlich ist ein erheblicher Teil auch aus reiner Verneinung und direkt aus Religionshaß bei der Sache. Vorwiegend ist jedoch die Unzufriedenheit mit dem inneren und äußeren Zustand der organisierten Landeskirche.“

Ausland.

Schweiz.

Dem Schweizer Militarismus. In der Dezenberfession des Schweizerischen Nationalrats hat die sozialdemokratische Fraktion einen scharfen und unerbittlichen Kampf gegen die Herren des Offizierskorps, die unsere demokratische Miliz in einen oligarchischen Militarismus verwandeln wollen, geführt. „Militärischer Entzug“, hat der Sprecher des Bundesrats unter Beifall der bürgerlichen Mehrheit unsere Genossen „eingeschickt“. Außer den bürgerlichen Deputierten der betreffenden Landestelle, in denen Ueberanstrengungen der Soldaten und Wühlfaktionen der Bürgerwürde des Wehrmanns in den letzten Wochen vorkamen, also außer denen, die aus Paradastrüben mit unseren Genossen einig gingen, waren die bürgerlichen Neben getragen von jenem Geiste, den man bei uns als Schützenfest-Patriotismus nicht mit Unrecht bezeichnen. Im ganzen bürgerlichen Lager und besonders bei der „maßgebenden“ bürgerlichen Presse hieß es, die Sozialdemokratie habe nutzlos kritisiert. Ueberdies! Der Bundesrat hat sich genötigt gesehen, im Militärverordnungsblatt vom 1. Januar einen Dienstbefehl an die Offiziere zu erlassen, der eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Kritik ist. Dieser Dienstbefehl beschränkt die Herren Offiziere, die Mannschaft ja nicht zu überanstrengen und nicht zu mehren, daß die Sorge für die Gesundheit der Mannschaft einzig Sache der Sanität sei; es wird da die von den Sozialdemokraten gewünschte Verantwortlichkeit des Truppenoffiziers stipuliert. Außerdem werden die Gebirgsübungen, die nichts weiter als sporadische Höhenübungen sind und die gar keinen militärischen Wert haben, verurteilt, so indirekt auch die famosen Jungfrauanöver 8000 Meter über dem Meer. — Soweit der Dienstbefehl. Freilich, die Herren Offiziere haben ein derart gesteigertes militärisches Selbstgefühl, daß zuerst einmal mit dem eifernden Befehl gefügt werden muß, bis bezerrige Befehle beachtet werden.

Da stehe ich wieder unter meinem Fenster. Es schlägt zwei Uhr.

Die musikalische Schildwache ist um ein Uhr von einer anderen abgelöst worden, die wieder andere Liebhaberinnen hat. Sie läßt sich im Parademarsch und fällt den ganzen Hof mit ihrem Trampeln: fling, flang, trab, trab! Während sie am anderen Ende des Hofes marschiert, fosse ich das Ende des Seiles und hiffe mich, während ich mich am Sockelvorprung festhalte, hinauf, drei Meter hoch. Nun lege ich den Fuß auf die Fensterbrüstung und kletterte weiter, fünf Meter. Gottlob, daß ich die Knoten zum Festhalten habe! Endlich erreiche ich das Fenster. Im ersten Stoß — fling, flang, trab, trab! löst es von fern — nun halte ich das Gitter meines Fensters, greife mit dem rechten Arm hinein und halte mich immer an dem Fensterrahmen fest. Jetzt der Kopf, der Oberkörper und der linke Arm, es ist ein schweres Werk, durch die enge Luke zu kommen. Jetzt bin ich drin! Rasch ziehe ich das Seil herein und rasch flebe ich die Gitterstange mit Schneiderwachs wieder zusammen.

Ich bin gerettet! Aber plötzlich überfällt mich ein Bittern, alles dreht sich um mich, ich schlepe mich mühsam zum Bett, und eine tiefe Ohnmacht umfängt mich.

(Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Der „Plutus“, kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Plutus-Verlag, Berlin) hat seinen die erste 10jährige Periode seines Erscheinens abgeschlossen. Unter seinem Gründer, Georg Fernhard, heute noch Herausgeber des Blattes, hat sich der „Plutus“, der die Spezialität der kritischen finanziellen Wochenchrift besonders ausbildete, unter manchen Schwierigkeiten durchgesehen und sich eine geachtete Stellung zu schaffen verstanden. Die Tätigkeit des „Plutus“, die sich dem finanzkritischen Arbeit der großen Tagespresse anschließt, hat dann in der Folge im In- und Auslande manche Nachbildung erfahren.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

28

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Es war erst halb acht, und vor 10 Uhr konnte ich an nichts denken. Ich streckte mich also ein wenig aufs Bett, um Kräfte zu sammeln. — Endlich schlägt es 10 Uhr auf der Gefängnisuhr. Schnell ziehe ich die Soldatenhohe an, öffne vorsichtig das Fenster und fange an, die angefeilte Stange völlig durchzufügen. Um 11 Uhr bin ich damit fertig. Ich binde das Seil fest ans Gitter an und beobachte nun die Schildwache. Gerade geht sie pfeifend unter meinem Fenster vorbei. Langsam geht sie weiter, ganz vertieft in ihre Triller, die das Echo des stillen Hofes pfeifen. Jetzt ist der Augenblick gekommen! Rasch steige ich, mit den Beinen zuerst, hinaus und lasse den Strick hinunter. Einen Augenblick halte ich mich am Gitter fest, dann gleite ich am Seil hinab. Kaum habe ich den Boden unter mir, so höre ich dicht neben mir Schritte, rasch werfe ich mich langewegs in die Bohnen und halte den Atem an. Hat man mich gesehen? Nein, es ist nur der Unteroffizier der Wache, der seine Runde macht. Drei Schritte von mir entfernt, geht er über den Weg. „Galt! Wer da?“ ruft der Posten und läuft mit vorgestrecktem Bajonett auf ihn zu. Ich kriechte rasch ein paar Meter nach dem Kirchhofe zu weiter. Nun höre ich, wie der Unteroffizier den Posten scheltet wegen dessen Pfeifen, dann höre ich ihn weitergehen. Der Pfeifer steht stramm, bis sein Vorgefester um die Ecke ist, dann lacht er, fängt wieder an zu pfeifen und nimmt seinen Rundgang wieder auf.

Jetzt kriechte ich vorsichtig in dem Bohnenbeet weiter, plötzlich halte ich inne, ich höre von weitem sprechen. Es ist die Nachtrunde, die unter meinem Fenster hergeht, wird sie meinen Strick sehen? Sie erzählen sich lachend etwas. „Galt! Wer da?“ ruft der Posten, aber die Aufseher gehen lachend weiter. Gelobt sei Gott, sie haben

Bulgarien.

Zur politischen Lage in Bulgarien. Den ersten Akt der großen Parlamentskomödie in Bulgarien haben die Bauernbündler gespielt, und jetzt wird der zweite Akt inszeniert, in dem in der Hauptrolle die Regierung selbst auftritt. Wie bekannt, ist auf der Konferenz der Bauernbündler eine starke oppositionelle Stimmung in die Erscheinung getreten: sie wollten nichts von einer Verständigung mit der Regierung wissen. Und da es im Parlament keine absolute Regierungsmehrheit gibt, so hielt man die Krise für unvermeidlich. Man vermutete, daß die Fraktion der Bauernbündler, die stärkste nach der Regierungsfraction im Parlament, sich mit anderen Fraktionen vereinigen und den Fall des gegenwärtigen Kabinetts herbeiführen würde. Dies hätte große Schwierigkeiten hervorzurufen müssen, weil ein Kabinett aus oppositionellen Elementen die ganze Regierungsfraction, die fast die Hälfte aller Stimmen im Parlament auf sich vereinigt, gegen sich haben würde. Jetzt aber, dank der loyalen Haltung der Bauernbündler, sind diese Schwierigkeiten bereits überwunden. Die oppositionelle Stimmung dieser Herren ist in einen leeren Formalismus ausgetarnt: sie haben sich damit begnügt, daß der Premierminister Radoslawow demissioniert hat, um sich aber wieder an die Spitze des neuen Kabinetts zu stellen. Zum Dank für diese „Konzeption“ unterstützten die Bauernbündler die Zusammenziehung eines Kammerpräsidiums aus Regierungsparteilern, und nun kann man kaum noch zweifeln, daß sie auch das „neue“ Kabinett unterstützen werden.

Es ist interessant, zu bemerken, daß die Regierung im Falle der Hartnäckigkeit der Bauernbündler als Ausweg aus der verwickeltesten Lage die Auflösung des Parlaments in Erwägung zog. Freilich wäre die Demissionierung der Regierung viel natürlicher gewesen. Aber das gegenwärtige Kabinett hält augenblicklich „seine patriotische Mission“ noch nicht für beendet. Es muß natürlich sonderbar erscheinen, daß die Regierung glaubte, durch eine Auflösung des Parlaments aus ihrer schwierigen Lage herauszukommen, weil nicht zu erwarten war, daß in der Bestimmung der bulgarischen Wähler so rasch ein Umsturz eingetreten sein könnte. Es bleibt nur die Annahme, daß die neuen Wahlen unter einem besonderen Druck der Behörden stattfinden sollten, was sehr charakteristisch für die gegenwärtige „liberale“ Regierung ist.

Das einzige Motiv in dieser ganzen Geschichte ist, daß sich die mit den Bauernbündlern verknüpften oppositionellen Funktionen des Volkes zerstreut haben und daß sich der bulgarischen Demokratie die wahre Physiognomie dieser Partei im hellen Lichte zeigte. Die Bauernbündler haben bewiesen, daß sie die Interessen des arbeitenden Bulgariens nicht mehr wahren, als die anderen bürgerlichen Parteien. Auf diese Weise ist die einzige Partei, auf die sich die echt oppositionellen Elemente des Landes verlassen können, die sozialistische. Diese Partei, die im Parlament 37 Mitglieder zählt, kann freilich keinen entscheidenden Einfluß haben. Aber dafür ist sie vollständig ausreichend, um eine ständige Kontrolle über die Tätigkeit der Regierung und der Regierungsparteien auszuüben.

Es ist schon jetzt klar, daß das neue Kabinett sich wieder aus den Liberalen zusammensetzen wird. Die Bauernbündler werden nicht in das neue Kabinett eintreten. Aber sie werden ohne Zweifel das Kabinett wenigstens mit „leeren Stimmzetteln“ unterstützen, wie es während der Wahl des Präsidiums der Fall war. In das neue Kabinett werden auch die Demokraten nicht eintreten, weil ihr Führer, Herr Malinow, immer gegen die gemeinsame Arbeit mit den Liberalen ohne die Teilnahme der anderen Parteien war. Außerdem würden die Demokraten im neuen Kabinett nur Stellen zweiten Ranges bekommen; auf diese nur seltene Teilnahme an der Regierung wollen aber die Demokraten nicht eingehen.

Badische Politik.

Der Fall Stritt

hat in Baden großes Aufsehen erregt und überall, wo zwei Juristen zusammentreffen, kann man Erörterungen hören, die für die verantwortlichen Stellen keineswegs schmeichelhaft sind. In auffallendem Gegensatz zu dem beherrschenden Wohlwollen, das dem früheren Oberbürgermeister von Bruchsal zuteil geworden ist, steht das Verhalten gegen über anderen Beamten, die veranlaßt waren, um Wiederaufnahme in den Staatsdienst zu bitten. Wir haben hier besonders einen Fall im Auge, über den in der Presse berichtet wird, von einem mittleren badischen Eisenbahnbeamten, der in den Dienst der badischen Staatsbahnen zurückkehrte. Er hatte seinerzeit, einem Aufste in den kolonialen Eisenbahndienst in Deutsch-Südwestafrika folgend, seinen Austritt aus dem Dienst der badischen Staatsbahnen genommen. Später trat er in den kolonialen Reichsdienst in Deutsch-Nordafrika ein, in dem er blieb, bis Gesundheitsrückfichten ihn nötigten, wieder in die Heimat zurückzukehren. Hier nahm man ihn als tüchtige Kraft gerne wieder in den Staatsdienst auf, aber — und das ist zur Vermeidung des Falles Stritt das bezeichnende — ohne Anrechnung der außerhalb des Staatsdienstes zugebrachten Zeit, während Stritt behandelt wurde, als ob er den Staatsdienst nie verlassen und in der Zwischenzeit nicht das hohe Gehalt eines Oberbürgermeisters bezogen hätte! Man sieht, der Staat kann nobel und kniggeig sein.

Planung der Arbeiterauschüsse.

Vom 20. bis 21. Dezember fand in der Eisenbahnschule in Karlsruhe eine Planung der Arbeiterauschüsse unter dem Vorsitz von Staatsrat Roth statt. Anwesend waren 61 Vertreter der Arbeiterchaft und 21 Vertreter der Groß- und Eisenbahnverwaltung. Beraten wurde die Dienstverweisung für händige Arbeiter, sowie die Betriebslohnordnung. Die Beratungen erstreckten sich insbesondere auf Lohn, Arbeitszeit, Urlaub, sowie Dienst- und

Lichtstrahlen, monatl. Bildungsorgan für denkende Arbeiter, herausgegeben von Julian Vorchardt. Das Jahrgang (Nr. 5) ist mit folgendem Inhalt erschienen: 1. Autorität, 2. Kapital und Prese von Konrad Hämich, 3. Die Religion im Klassenkampf, 4. Soziale Kämpfe in der deutschen Vergangenheit, 5. Die Kunst der Rede.

Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfg. — Zu haben in allen Buchhandlungen, bei den Kolporturen der Partei- und Gewerkschaftspresse, sowie beim Verlag Berlin-Verlag 3, Sedwigtstr. 1.

Arbeiter-Turn-Zeitung. Zeitschrift zur Förderung des volkstümlichen Turnens, Zentralorgan des Arbeiterturnbundes. Erschienen ist die Nr. 1 des 22. Jahrgangs. Das Blatt hat einen andern Kopf erhalten, der Titel ist vereinfacht worden, die Bilder sind weggefallen; wir finden die neue Aufmachung schon gegenüber früher. Aus dem Inhalt nennen wir: Das Opferjahr; Jahresabschluss in den Vereinen; Die Geschäftsordnung in der Versammlung; Das turnerische Leben des Arbeiterturnbundes im Sommerhalbjahr 1913; Klärung in der Schweiz; Dresdener Volkstheater u. s. w. Auch das Feuilleton ist sehr geblieben und reichhaltig.

Ruhezeit. Die Beratungen über die neue Verfassungslösung sind in den nächsten Tagen aufgenommen werden.

Ärzte und Krankenkassen.

Nach den „Ärztlichen Mitteilungen für Baden“ kommen die Einzelheiten des Berliner Abkommens zwischen Ärzten und Krankenkassen für Baden nicht in Betracht, da hier der Mantelvertrag schon vor dem 23. Dezember 1913 von allen vertragsfähigen Krankenkassen anerkannt wurde. In einem Erlaß an die Oberversicherungsämter hat das Ministerium des Innern die Bedingungen des Mantelvertrags als angemessen bezeichnet. Die in Baden schon seit längerer Zeit vorbereiteten ärztlichen Vertragsentwürfe zwischen den Ärztevereinen und den Krankenkassen können jetzt unterzeichnet werden.

Adventscommunion und politischer Vortrag.

Die „Offenburger Zeitung“ brachte am 20. Dezember folgende schöne Notiz:

× Katholischer Arbeiterverein. Wir machen nochmals auf unsere Adventscommunion am Sonntag um 8 Uhr in der Dreifaltigkeitskirche aufmerksam. Abends 8 Uhr ist im Vereinslokal Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Haufer. Nicht zahlreiche Teilnahme wird erwartet.

Also eine der heiligsten katholischen Religionshandlungen beruht mit einem politischen Vierabend! Wenn sozialdemokratische oder freisinnige Blätter einmal irgendwo feststellen, daß die Schwarzen die Klostertür in die Kirche tragen und daß ihnen, den Klerikalen, die Religion überhaupt politisches Kampfmittel ist, dann schreiben die Zentrumsblätter entriest auf. Der neue Zusammenhang aber der in obiger Notiz angefügigen zwei Veranstaltungen liegt nun jedermann klar vor Augen.

Und daß der Vortrag politisch war, berichtet die selbe „Offenburger Zeitung“ tags drauf:

„Der Präses, Herr Pfarrkurat Karle, habe die sehr gut besuchte Versammlung herzlich begrüßt, darauf habe der Zentrumsabgeordnete Professor Dr. Birch über den sozialen Gedanken und die Organisation gesprochen, Landtagsabgeordneter Gaufer habe einen Rückblick auf die bisherigen Landtagsergebnisse gegeben und ein klares Situationsbild mit interessanten Schilderungen gegeben und Oberbetriebsinspektor Bertram habe auf Grund der politischen Lage in packender Weise die Pflichten der Katholiken hervorgehoben.“

Ob wohl der Herr Zentrumsabgeordnete in seiner Rede seinen Schälchen auch erzählt hat, daß ihre „Freiheit“ nicht einmal so weit geht, daß sie sich ihren Präses selber wählen dürfen, sondern daß dieser ihnen von der hochw. Geistlichkeit eingesetzt wird? Ob er ihnen auch erzählt hat, daß er Anhänger einer Weltanschauung ist, die der Kirche das Recht zurpriß, Zwangsmittel und zeitliche Strafen gegen ihr nicht folgende Mitglieder anzuwenden? Und welcher Art mögen wohl die „Pflichten“ der Katholiken sein, die ihnen „auf Grund der politischen Lage“ obliegen?

Selten sind politische Dinge so offen und unverhüllt mit gottesdienstlichen Handlungen verknüpft worden, was das in Aufkündigung der „Offenburger Zeitung“ geschehen ist. Jedem halbwegs vernünftigen Menschen muß solches die Augen öffnen, wie gerade dem Zentrum die Kirche das heilige Mittel zu recht weltlichen Zwecken geworden ist.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Eine Erklärung Schülers.

Dekonomierat Schüler gibt folgende Erklärung in die Presse: Es entspricht den Tatsachen, daß er am 14. Dez. vorigen Jahres der Wahlkreisleitung in Offenburg, wie auch der Zentralleitung der Zentrums-Partei, auf eine vom Wahlkreiskomitee an ihn ergangene Anfrage, die Zulage der Wiederannahme der Reichstagskandidatur gegeben hat. Die Teilnahme an den Landwirtschaftskammerverhandlungen ließ ihn jedoch wahrnehmen, daß sich sein Gesundheitszustand noch nicht derart gekräftigt hat, wie es nötig ist, um ohne Gefahr die Beschwernisse eines voraussichtlich sehr strapaziösen Wahlkampfes auf sich nehmen zu können.

Die Hauptfrage ist, daß das Zentrum jetzt einen anderen Kandidaten hat, für den kräftig die Reklametrommel gerührt wird. Die Zentrumspresse berichtet, daß der neue Zentrumsabgeordnete, Prof. Wirth, überall freundlich aufgenommen werde. „Er übertrifft alle Erwartungen“, heißt es im „Bad. Beob.“

Das Zentrum kann für seine sämtlichen von ihm präferierten Kandidaten den stehenden Satz verwenden. Seine Kandidaten sind immer ein Ausbund von Volkstümlichkeit und übertreffen immer „alle Erwartungen“, ob sie Professor, Landwirt oder sonst was sind.

Leutesheim, 5. Jan. Die hier am Sonntag, 4. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, anberaumte öffentliche Volksversammlung, in der Landtagsabgeordneter Gen. Vehtold referierte, war gut besucht. Er schilderte das Benehmen des Zentrums bei den Land- und Reichstagswahlen, legte den Anwesenden in sehr verständlicher Weise die Lage des Arbeiters, des kleinen Handwerkers und des kleinen Bauern dar. Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende Genosse Karck die Anwesenden auf, am 3. Februar unsern Kandidaten Gen. Geiler, Redakteur aus Mülhausen ihre Stimme zu geben und schloß dann die sehr interessante und anregend verlaufene Versammlung.

Die Arbeitslosigkeit der Bäcker und Konditoren.

Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird in der jüngsten Ausgabe seines Verbandsorgans das Ergebnis aus einer am 28. Dezember 1913 vorgenommenen Zählung der Arbeitslosen und der Dauer der Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Der Anbruch auf dem Arbeitsmarkte, wie in Zeiten niedrigerer Konjunktur, in allen Verufen, ist auch hier anzutreffen. Als besondere Mißere im Gewerbe ist zudem die große Zahl der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und auch Arbeiterinnen zu betrachten. Das Unternehmertum züchtet sich hier eine ständige Reservearmee heran, was dazu führt, daß alljährlich Tausende dem erlernten Beruf Balet sagen müssen. Beim Eintritt einer allgemeinen Geschäftstodung werden diese Berufsverloren wieder nach dem erlernten Berufe zurückgeworfen. Dadurch erfolgt eine riesige Anstauung der Arbeitsuchenden auf dem Arbeits-

markte. Nach dem Reichsarbeitsblatt berichteten die Arbeitsnachweise für den Monat November über 10 174 Arbeitsuchende, gemeldet waren aber nur 5616 offene Stellen. Auf je 100 offene Stellen entfielen 181 Arbeitslose. Nach dieser amtlichen Statistik waren in 11 Monaten des Vorjahres 115 533 Arbeitsuchende vorhanden, aber nur 73 814 offene Stellen waren gemeldet; es kamen in dieser Zeit auf je 100 offene Stellen 148 Arbeitslose.

Als wertvolle Ergänzung dieser amtlichen Berichte dient nun die Erhebung der Organisation über die Dauer der Arbeitslosigkeit. In den Verhandlungen wurden ermittelt 5906 Arbeitslose, darunter 3590 Bäcker und Konditoren, 1703 Arbeiterinnen und 615 Hilfsarbeiter mit zusammen 316 518 arbeitslosen Tagen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt im Durchschnitt pro Person 63,4 Tage. Bei den Bäckern und Konditoren mit einer Gesamtzahl von 280 596 Tagen wird dieser Durchschnitt mit 79,5 Tagen weit überholt. Von den befragten Personen waren 1439 (davon 839 Arbeiterinnen) verheiratet, die zusammen 2265 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren hatten.

Wie im allgemeinen, so trifft auch hier zu, daß in den Großstädten die Arbeitslosigkeit besonders groß ist. In Hamburg entfielen im Durchschnitt auf die Person 124, in Berlin 116, in Frankfurt a. M. 111, in Stettin 110, in München 105 arbeitslose Tage. Unter den Befragten waren 1917 Personen gewerkschaftlich organisiert.

Nebst der großen Lehrlingszucht in den Bäckereien und Konditoreien und der Beschäftigung einer sehr großen Anzahl von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in der Schokoladen- und Zuckermareinindustrie bildet mit die Ursache der großen Arbeitslosigkeit die lange Arbeitszeit. In den Bäckereien und Konditoreien ist durchgängig die siebenstündige Arbeitswoche bei einer täglichen Arbeitszeit von zwölf und mehr Stunden anzutreffen. In Saisonzeiten wird mit Ausnahme ganz weniger Betriebe die Mehrproduktion bei der gleichen Arbeiterzahl hergestellt unter Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Hierbei wird den Unternehmern von den Behörden auf Grund der Bestimmungen in der Bundesratsverordnung, in sehr heftiger Weise entgegengekommen und die tägliche Arbeitszeit bis zu 16 Stunden gestattet.

Die Organisation erhebt daher an den Gesetzgeber die Forderung, eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien gesetzlich vorzunehmen. Nur dann ist es möglich, daß die Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden kann, wenn gleichzeitig die Höchstzahl der beschäftigten Lehrlinge in den Betrieben herabgesetzt wird. So wie in diesem Gewerbe jetzt die Zustände liegen, wird das ständige große Heer von Arbeitslosen seinen Rückgang, sondern noch eine Zunahme erfahren. In sehr verantwortlicher Weise die Lehrlingszucht in den Bäckereimeistern betrieben wird, geht aus nachstehenden Zahlen hervor. In Württemberg werden bei den Innungsmeistern neben 1680 Gesellen 1732 Lehrlinge beschäftigt; in Württemberg neben 567 Gesellen 473 Lehrlinge; in der Provinz Posen neben 966 Gesellen 860 Lehrlinge und in Königreich Sachsen neben 824 Gesellen 484 Lehrlinge. Ebenso liegt es in den übrigen Bundesstaaten, wo sich die Unternehmer scheuen, über die Lehrlingszahl der Deffentlichkeit Angaben zu unterbreiten.

Kommunalpolitik.

Oberbürgermeister a. D. Karl Wildens †

Von seinen Leiden erlöst wurde gestern nacht, kurz nach 12 Uhr, der langjährige Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Karl Wildens. Seit 25. September 1913, an welchem Tage er bei einer Führung der Speyerer Stadtverwaltung in Heidelberg zusammenbrach, lag er in hoffnungslosem Zustand darnieder. Ein an diesem Tage eingetretener Schlaganfall hatte die einseitige Lähmung des Mannes zur Folge. Die Schien sich zwar wieder zu heben, doch jetzt verlagerten die Nerven ihren Dienst. Ein fast völliger Verfall aller geistigen Kräfte trat zutage und eine vor wenigen Tagen aufgetretene Lungenentzündung ließ die letzte Hoffnung auf Wiedergenehung schwinden. Das Herz veragte den Dienst — der starke Mann schlummerte auf ewig ein.

Karl Wildens ist geboren am 23. November 1851 zu Tauberbischofsheim als der Sohn des gewesenen Oberamtmanns Adolph Wildens. Seine Jugendzeit verlebte er in Adelsheim und Laub. Nach Abschluß seiner Mittelschulbildung studierte er in Heidelberg und in Leipzig und entschloß sich, wie einst sein Vater, zum Eintritt in die staatliche Verwaltungslaufbahn. 1878 kam er als Amtmann nach Mannheim, später als Oberamtmann nach Bonnorf. Im Dezember 1884 bereitete sich auf ihn die Wahl zum Oberbürgermeister von Heidelberg, welches Amt er am 1. Januar 1885 antrat und bis zum 25. September 1913 verwaltete. In diesem Tage nämlich verschaffte sich die Natur Geltung, nachdem der immer schaffende Geist nie Ruh noch Nachgelassen.

Wildens gehörte 22 Jahre, von 1887 bis 1902, der Zweiten Kammer als Mitglied an. Er vertrat für die Liberale Partei die Stadt Heidelberg. Von da ab bis 1913 vertrat er dann die badischen Städte in der Ersten Kammer. Auch war er während seiner ganzen Amtstätigkeit Vorsitzender des Kreisarchivvereins Heidelberg, sowie Mitglied einer Anzahl sonstiger öffentlicher Körperschaften.

Gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung war er viele Jahre hindurch der unversöhnliche Feind. Aber wie so manch anderer mit ihm mußte auch er noch vor seinem Lebensabend umlernen, mußte auch er sich mit der Tatsache abfinden, daß die Menschen zwar kommen und gehen, die große sozialistische Idee aber sich als unüberwindlich erweist und die Menschheit in ihren Mannkreis zieht. Auf dem Posten, auf dem Wildens so viele Jahre in treuer Pflichterfüllung stand, mußte er Einblick in so mancherlei Nöte des Lebens und in so vielerlei Gegenstände der Gesellschaft bekommen, daß ihm schließlich ein gerechtes Urteil über die proletarische Klassenbewegung Gemeingut werden mußte. Wenn er das auch lange Zeit nicht zugeben mochte, Amt und Pflicht zwangen ihn zu guter Letzt dazu. Und so schied Wildens nicht von uns als der offen ausgesprochene Feind, sondern als ein gerecht denkender Gegner. Was er auf kommunalpolitischem Gebiet Hervorragendes geleistet, ist sicherlich nicht gering einzuschätzen. Heidelberg verlor, das kann man, ohne zu übertreiben, sagen, in Wildens eine außerordentlich tüchtige Arbeitskraft, einen außerordentlich begabten Führer der städtischen Verwaltung.

Mit seinen persönlichen und politischen Freunden sagen auch wir, seine politischen Gegner, so schreibt die „Mannheimer Volksstimme“, der wir voll und ganz beipflichten: Karl Wildens war ein ganzer Mann. In seiner Art zwar, aber ein Mann, der Lebensziele hatte und Mut und Kraft, um sich durchzusetzen! Er schlofe in Frieden!

Bei der Familie des verstorbenen Oberbürgermeisters a. D. Dr. Karl Wildens sind im Laufe des gestrigen Tags zahlreiche Beileidsgramme und -Schreiben eingegangen. Vom Rathaus wehen schwarzumsflore Trauerfahnen. Am Nachmittag fand im engeren Familienkreise die Einsegnung der Leiche und hierauf die Heberführung nach der Friedhofkapelle statt, woselbst am Freitag vormittag 11 Uhr die Einsegnung im Krematorium erfolgt. Abends 6 Uhr versammelte sich der Stadtrat zu einer außerordentlichen Sitzung, in welcher die städtischen Trauerfeierlichkeiten festgelegt wurden. Oberbürgermeister Dr. Balz ergreift hierbei das Wort und widmete seinem verstorbenen Vorgänger einen heraldischen Nachruf.

Im Heidelberger Krematorium wurden im Jahre 1913 148 Einäscherungen vorgenommen, 27 mehr als 1912. Von den Leichen waren 84 männlichen und 64 weiblichen Geschlechts. Der Konfession nach waren 120 evangelisch, 18 katholisch, 2 altkatholisch, 1 reformiert, 1 freireligiös und 6 israelitisch. Heidelberg war mit 114, Hohenheim mit 3, Mannheim mit 3, Neckargemünd mit 2 und 17 Orte mit je einer Bestattung beteiligt, was für Heidelberg 77 Prozent von sämtlichen im Jahre 1913 stattgefundenen Feuerbestattungen bedeutet. Die Anstalt wurde am 23. Dezember 1891 dem Betriebe übergeben; sie schließt bis heute mit 2477 Bestattungen ab.

Vom Reiter Rheinhausen. Die Entwicklung des Rheinens von Rehl hat auch im verflossenen Jahre weitere Fortschritte gemacht. Der Umschlag der angekommenen und abgegebenen Güter belief sich insgesamt auf rund 510 000 Tonnen gegen 416 788 Tonnen im Jahre 1912. Dies bedeutet eine Zunahme von ungefähr 23 Prozent. Besonders lebhaft war der Verkehr an Getreide und Kohlen. Auch der Salzverkehr hat sich lebhaft entwickelt.

Die Elektrizitätsversorgung des badischen Hinterlandes. Eine kürzlich in Tauberbischofsheim abgehaltene Versammlung der Gemeinden des Bezirks Tauberbischofsheim beschäftigte sich mit der Frage der Versorgung des Bezirks Tauberbischofsheim mit Elektrizität. Bei der Abstimmung erklärten sich 27 Gemeinden bereit, einem Gemeindeverband beizutreten, um dem Bezirk eine baldige und gute Versorgung mit Elektrizität zu verschaffen.

Der Bürgerauschuss von Bühl beschloß in seiner letzten Sitzung, von den in eine rechtskräftige Höhe der Stadt zur Verfügung stehenden Sparfahrsüberschüssen rund 9000 M. der Meißelschule und 3000 M. der Gewerbeschule zuzuwenden. Der Rest mit ungefähr 58 000 M., welche auch die Lieberhäuser aus früheren Jahren umschließen, soll als Reserve zurückgestellt werden. In der Sitzung wurden die Finanzen der Stadt als günstige bezeichnet.

Der Prozeß gegen Oberst v. Reutter und Leutnant Schad.

2. Verhandlungstag.

Strasburg, 6. Jan. Um 9 Uhr wurde mit dem Zeugenverhör fortgefahren. Im ganzen sind noch 58 Zeugen zu vernehmen. Zeugin Frau Ewers, Inhaberin einesigarngeschäfts in Zabern, gibt u. a. an, daß ein Arbeiter in ihrem Laden geküßert habe: Von Mülhausen kommen uns jetzt die dortigen Genossen zu Hilfe. Sie gibt eine Reihe von Schimpfwörtern wieder, die die Zeugin damals geküßert hatte, es werde offenbar gegen die Offiziere gehebt, wurde sie von Bürgermeister Knöpfler zur Zurücknahme dieser Erklärung veranlaßt. Die Madamadei und nach ihrer Ansicht Leute aus der Umgegend gewesen, dazu halbwüchsige Burtschen aus Zabern. Was die „besseren Leute“ in Zabern anlangt, so seien diese zweifellos nicht auf Seiten der Unruhestifter. Im übrigen schildert die Zeugin den Obersten v. Reutter als einen begehrten Werke stiller Teilnahme an dem Leid, das kleine Leute getroffen habe, bewiesen habe. — Zeuge Leutnant Brunus wird als ein Mann, der in den „Karaffen“ tamen, sich dicht neben die Offiziere setzten und „Wie! Malice“ riefen und herausfordernde Reden führten. Wie dem Wirte bekannt sein müsse, hätten die Leute vorgehabt, das Gas herunterzureißen und Ständalktionen zu veranstalten. Das Erscheinen des Obersten v. Reutter habe aber die Madamadei auf andere Gedanken gebracht. — Um 10 Uhr zieht sich der Gerichtshof zurück, um gegen die Berichtserstattung der „Frankfurter Zeitung“ Stellung zu nehmen. (Die schlechten städtischen Verhältnisse in dem großen Saal erschweren die Berichtserstattung sehr.) Der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ wurde zur Rede gestellt, weil er den Ausdruck „der Hund höhnt uns“ als angebliche Aeußerung des Obersten v. Reutter wiedergegeben hat. Der Vertreter der „F. Ztg.“ erklärt das Mißverständnis mit den schlechtesten Saalverhältnissen und sagt eine Verächtlichkeit zu. Der Verhandlungsführer bittet um möglichst objektive Berichtserstattung. (Auf Grund des Vorkommnisses werden der Presse bessere Plätze zugewiesen.) — Kreisdirektor Mahl beschränkt sich über die unrichtige Berichtserstattung. Er beschränkt sich auf die Verhinderung, zu dem Obersten v. Reutter zu gehen. — Der Verhandlungsführer und ebenso der Anklagevertreter stellen jedoch fest, daß der fragliche Ausdruck gefallen sei. — Der Kreisdirektor berichtet nunmehr seine Aussage. (Nach Schluß der Verhandlung gab er Journalisten gegenüber eine entsprechende Erklärung ab.) — Zeuge Mustetier Ved war Zeuge des Händlers. Er berichtet, daß am 28. Nov. 18—18jährige Burtschen gerufen haben: Ihr Dreckschwab geht nach Haus! Als die Turnhalle aus war, rief ein Burtsche: Da geht der Lump, der Dreckschwab! worauf der Zeuge den 100 Personen anwesend. Später nahm der Zeuge noch eine Verhaftung vor. — Zeuge Mustetier Jaquet äußert sich über die Vorgänge vor der Turnhalle. Ein Schreier namens Kiefer wurde, als er „Lump“ und „Dreckschwab“ rief, festgenommen. — Zeuge Kiefer befreit gegenüber den beiden Soldaten, die auf ihren Angaben beharren, etwas getan zu haben. — Mustetier Kreis äußert sich in ähnlicher Weise, wie die beiden anderen Soldaten über die Vorgänge vor der Turnhalle. — Zeuge Schlosserlehrling Dabermann wurde verhaftet, weil er bei der Verhaftung Kiefers gerufen haben soll: So 'ne Gemeinheit; denen werden wir schon zeigen! Der Zeuge will den Grund seiner Festnahme nicht kennen. — Mustetier Kreis, laß mich los! gekräft worden. — Mustetier Kronen will von dem gleichen Eisenbahnarbeiter Kronen will auf dem Wege zur Apotheke verhaftet worden sein ohne etwas getan zu haben. — Leutnant Tigdör und die Mustetiere behaupten das Gegenteil. — Zeuge Kolb gibt an, daß er, als er am Kanal entlang ging, verhaftet und in der Bandurenkeller gesperrt worden wurde. Er habe einen Kaufmann von 40—50 Personen, darunter den Verleger des „Zaberner Anzeigers“, Bibeck, gesehen, die laut johlten. — Zeuge Mustetier Braun hat auf Befehl der Leutnants v. Forstner und Schad zwei Schreier verhaftet. Einen der Schreier hätten sie in das Haus Schell verhaftet. — Zeuge Mustetier Dill einer der Verhafteten, will nichts getan haben. Seiner Aussage kann Positives nicht entgegengebracht werden. — Maschinenist Freitz hat gesehen, wie die Herren Kalisch und Bemelmann mit mehreren Soldaten disputierten. Er selber wurde von einem Soldaten, der ihn duszte, verhaftet. Er habe sich nicht an den Demonstrationen beteiligt. Er werde dem Obersten verfluchen, weil er sich in Bandurenkeller Neumatismus geholt habe. — Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden noch verschiedene Zeugen vernommen, die am Abend des 28. November durch das Militär festgenommen und im Bandurenkeller inhaftiert worden waren. Sie erklären — zunächst unvorbereitet —, daß sie nichts Strafbares begangen hätten. Eine Aufforderung, wegzugehen, hätten sie nicht gehört. Auch sei, von Kindergeckerei abgesehen, nicht geschloß worden. — Ein Zeuge erklärt, daß es in dem Keller sehr finster war, ein anderer, daß er seine Notdurft im Keller verrichten mußte. Morgens erhielten die Inhaftierten Stoffe und im Laufe des Vormittags wurden sie dem Amtsrichter vorgeführt. — Ein dritter Zeuge erzählt, Leutnant Schad habe den Degen gezogen, wie wenn es in den Arica ange.

Im Gegenjah zu diesem Zeugen sagen die Unteroffiziere und Mustetiere aus, daß Gruppen beieinander standen, johlten und schimpften. Darauf habe Leutnant Schad den Befehl gegeben, die Schreier festzunehmen.

Sodann werden die Einzelheiten erzählt, die zu der Anklage wegen Hausfriedensbruchs gegen den Leutnant Schad geführt haben. Es handelt sich um die Festnahme des Schreiers Lepp auf der Treppe des Deutschen Hauses. — Der Zeuge weiß nicht, warum er verhaftet wurde. — Weiterhin stellt der Verteidiger Rechtsanwalt Großart als charakteristisch fest, daß, wenn Ruße ertönten und man auf die Leute zugeht, diese immer so getan hätten, als ob nichts geschehen wäre. — Leutnant von Forstner und Frau Ewers bestätigen diese Wahrnehmung. — Um 1 Uhr nachmittags wird die Verhandlung auf 4 Uhr vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird in der Vernehmung der Zivilisten und Mustetiere, die an den Vorgängen des 28. November beteiligt waren, fortgefahren. Bei der Gegenüberstellung der Mannschaften mit den damals Verhafteten kommt es mehrfach zu drastischen Auseinandersetzungen. Auch nachdem der Vorsitzende auf die Bedeutung des Zeugnisses hingewiesen hat, bestehen die Verhafteten darauf, daß sie keine Aeußerungen wie „Dreckschwab“ und dergleichen getan hätten, wogegen die meisten Soldaten bekräftigen, daß diese Aeußerungen gefallen seien. Galwüchsige Jungen, Lehrlinge usw., die während der Verhaftungen gepöbelt haben, geben an, nur harmlose Reden wie „Morgenrot“, „Muh! denn“ usw. gepöbelt zu haben. — Ein Gefreiter gibt an, bei der Verhaftung gesagt zu haben: Ich kenne dir das Bajonett durch den Leib! — Kurz vor 8 Uhr verläßt der Gerichtshof einen durch den Anklagevertreter beantragten Beschluß, alle Zeugen mit Ausnahme von 6 zu verurteilen, ebenso auch die Soldaten und Unteroffiziere, deren Verurteilung hierauf vorgenommen wird. Bei den 6 Richterurteilen wird wegen der vielfachen Widersprüche in ihren Aussagen Unglaubwürdigkeit angenommen. Von diesen 6 von der Verurteilung ausgeschlossenen wird nachträglich noch einer verurteilt, nachdem er seine Aussagen widerrufen hatte. — Auf Antrag des Anklagevertreters wurden noch Rechtsanwalt Reutter und Gerichtsschreiber Gärtner in Zabern als Zeugen geladen. Hierauf wird um 6 Uhr die Weiterverhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Gewerkschaftlicher Rückblick auf das Jahr 1913.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bringt, wie alljährlich, in Nr. 1 einen Rückblick auf das verfllossene Wirtschaftsjahr. Nach einer Vorrede über die wirtschafts-politischen Verhältnisse des Jahres 1913 und einer statistischen Darstellung über den Beschäftigungsgrad wird die gewerkschaftliche Bilanz wie folgt gezogen:

Die Gewerkschaften konnten sich den ungünstigen Wirkungen der Wirtschaftslage nicht ganz entziehen. Wenn auch die meisten Organisationen weder standgehalten haben, hat doch eine Minderzahl mit teilweise erheblichen Mitgliederverlusten kämpfen müssen. Von 49 Verbänden, deren Mitgliederzahlen für das dritte Quartal 1913 uns vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu beklagen. Diese 49 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des dritten Quartals 1912 2 665 339 Mitglieder, dagegen am Schluß des dritten Quartals 1913 nur 2 576 663 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 19 676 Mitglieder oder 0,75 Prozent. Keine Angaben lagen von einem Verband mit 8517 Mitgliedern vor. Es ist nicht anzunehmen, daß das vierte Quartal des letzten Jahres günstiger Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederzahl hinter der des Vorjahres, wenn auch nicht erheblich zurückbleiben dürfte. Es wird die dringende Aufgabe aller Gewerkschaftler in dem neuen, vor uns liegenden Jahre sein, darin weit zu zeigen, daß der Verlust so bald als möglich wieder ausgeglichen wird.

Ueber die Lohn- und Tarifbewegungen lesen wir: Den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Vorgänge im Berichtsjahre bildeten die großen Lohn- und Tarifbewegungen. Wenn auch die Voraussage, daß das Jahr 1913 ein Kampfsjahr von außerordentlicher Bedeutung sein werde, sich nicht ganz erfüllt hat, da es gelang, die umfangreichsten Bewegungen friedlich zum Abschluß zu bringen, so waren doch noch immerhin große Kämpfe zu verzeichnen, vor allem im Malereigewerbe, dessen Unternehmertum es darauf abgesehen hatte, die Arbeiterorganisationen zu bluten zu lassen, nicht minder auch in der Textilindustrie, wo das unbesonnene Vorgehen der Arbeiterschaft selbst schwere Organisationskonflikte nach sich zog. Größere Kämpfe waren auch in der Binnenindustrie, in der Krebeler Färberei, in der Stuttgarter Maschinenindustrie, in der Berliner Serronkonfektion und im Sietliner Hafen zu verzeichnen; sie endeten mit Ausnahme des Berliner Schneiderstreiks und des großen Kampfes der Maler erfolglos. Darin zeigte sich wiederum die der Arbeiterschaft nachteilige Wirtschaftslage, die den Erfolg ihrer Lohnkämpfe fast völlig in Frage stellte. Freilich hatten auch die Arbeitgeber des Malereigewerbes mit ihrer großen Auszehrung kein Glück; sie bezahlten ihr protobatorisches Draufgehen mit der Zerschmetterung ihrer Organisation. Aber das Gewerbe hat durch diesen Kampf schweren Schaden gelitten, den auch die widerwillig hineingezogene Arbeiterschaft jetzt auskosten muß. Angeht es dieser Unlust der Verhältnisse war es doppelt verhängnisvoll, daß im Baugewerbe und Holzgewerbe die drohenden schweren Kämpfe vermieden wurden, wie es doppelt tadelnswert war, daß in der Schiffbauindustrie die Arbeiter sich nicht halten ließen und durch ihr eigenmächtiges Vorgehen den ganzen Erfolg der eingeleiteten Lohnbewegung verzerzten. Die Tarifbewegungen im Bau- und Holzgewerbe sind erfolgreich für die Arbeiterschaft beendet worden. Ein großes Verdienst um die schiedliche Ausgleichung der Differenzen haben sich dabei die Herren Unparteiischen erworben, denen der Dank der gesamten Beteiligten wie auch der Öffentlichkeit gebührt.

Die sozialpolitische Ernte des Jahres 1913 bezeichnet das Korrespondenzblatt als überaus dürftig. Es meinte: Wäre nicht das Angefallenergebnis der Reichsversicherungsanstalt, so hätten wir große Mühe, ein positives Ergebnis festzustellen. Insbesondere hat die Reichsregierung gegenüber der Arbeitslosenversicherung wie auch die Förderung der kommunalen oder landesrechtlichen Arbeitslosenversicherung abgesehen. Sie hält das Problem der Arbeitslosenversicherung für ungenügend ausgereift und will sich vorläufig mit dem Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung begnügen. Das Gesetz, das die Arbeitslosenversicherung der Arbeiter- und Angestelltenverbände mit öffentlichen Mitteln subventioniert, lehnt sie ab, weil es den in Unternehmertum unangenehm empfundenen Organisationsgedanken kräftigt. Die Arbeiter sind also auch weiterhin auf die geringen Mittel der Selbsthilfe verwiesen. Daß die Arbeiterschaft ihre Arbeitslosen nicht vergißt, beweisen die großen Sammlungen in Berlin und anderen Städten aus Anlaß des Weihnachtsfestes. Die Bitterung gegenüber dieser im Rahmen allzu bescheiden, im Leben aber engbegrenzten freiwilligen Regierung wird indes durch den ablehnenden Standpunkt der letzteren weiter um sich greifen und die politischen Gegensätze unendlich vertiefen.

Der Kampf um das Wahlrecht der Arbeiter und Angestellten wird sodann erwähnt und darauf verwiesen, wie rühlig die leitenden und maßgebenden Kreise Deutschlands beim Abbau tätig waren.

Dem kommenden Jahre — so schreibt das Korrespondenzblatt — wird die steigende Arbeitslosigkeit ihren Stempel aufdrücken. Aller Voraussicht nach, gehen wir einer neuen Krise, wenn auch vielleicht von kürzerer Dauer, entgegen. So drückend ihre Wirkungen besonders in den Kreisen der Arbeiter empfunden werden, so muß doch aufs neue eingeschärft werden, daß in solchen kritischen Zeiten ein vorsichtig abgemessenes Vorgehen der Arbeiterorganisationen, bei dem Einmütigkeit auf allen Punkten der Kampfstrategie herrschen muß, doppelt notwendig ist. Den wachsenden Anforderungen größerer Kämpfe wird die Schaffung einer zentralen Streikunterstützung durch den diesjährigen Gewerkschaftskongress Rechnung tragen, so daß, wenn solche Kämpfe aufgezogen werden, auch ihr Erfolg verbürgt werden kann. So können wir auch der dunkel bewölkten Zukunft trotz ins Auge schauender und alle Kräfte für die weitere Stärkung unserer Organisationen aufwendend, denn nur in diesem Zeichen werden wir liegen!

Berichtszeitung.

Ein gewerkschaftlicher Heiratschwindler, der an den Strafkammern von Frankfurt, Danau, Passau und Würzburg in dieser Spezies bereits ca. 7 Jahre Gefängnis zuzugewandt hat, hatte sich am Samstag in der Person des 49 Jahre alten Waffens Heinrich Saffer aus Eschach a. Rh. vor der Strafkammer in Mannheim zu verantworten. Der Angeklagte, welcher in den letzten Jahren teils in Würzburg, teils in Ludwigsb., Heidelberg und Frankfurt wohnte, gab sich den Mädchen gegenüber als Spezialarzt für Masoch., Therapie und Orthopädie, dann auch wieder „als der erste Neurozent Deutslands“ oder als Dr. med. aus. Unter Anklage standen drei Fälle von Heiratschwindel. Der erste Fall betraf ein Mädchen aus einem Orte bei Germersheim, dessen vägliche Eingabe sich der Gauner bald nach der Bekanntschaft in Frankfurt a. M. zu erschleichen wußte. Als die Eltern merkten, daß der „Doktor“ von der als Kindermädchen in Stellung befindlichen Tochter von der als Kindermädchen in Stellung befindlichen Tochter wiederholt Geldmittel verlangte und auch erhielt, ließen sie ihn durch einen Detektiv nachprüfen, der entdeckte, daß der „Bräutigam“ schon zweimal geschieden war und von seiner dritten Frau getrennt lebte, überhaupt kein Arzt war. Im Bahnhofrestaurant in Mannheim machte er sich ebenfalls unter der Maske eines Spezialarztes an eine Buffetdame heran, der er unter dem Heiratsversprechen 250 M. abzusuchen versuchte. Als das Mädchen nicht zog, versuchte er es mit der in gleicher Restauration beschäftigten Kollegin derselben, die aber von dem anderen Mädchen, das ihn genügend durchschaut hatte, aufgefällt wurde und nun ihrerseits den Gauner an der Nase führte, bis er selbst seine Pumperfische aufgab. Bei einem vierten Heiratsversuch handelte es sich um eine Massagedame, die er unter der Angabe, er sei Direktor einer orthopädischen Anstalt und Spezialarzt an einem Neurozent von Karlsruhe bornahm. Nach 30 Sitzungen wußte er diesen zu bestimmen, 80 weitere Sitzungen zu abonnieren und 80 M. anzuzahlen. Dann ließ sich der Gauner nicht mehr bei ihm sehen, obwohl seine Anrede, er sei krank, unwahr war, er sich sogar in Karlsruhe herumtrieb. Der Angeklagte wurde auffallenderweise von diesem Falle freigesprochen, da die Betrugsbahnt nicht genügend nachgewiesen sei, wegen seiner Heiratschwindelerei aber zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren und 600 M. Geldstrafe verurteilt, welche letztere durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren abgesprochen.

Wegen schwerer Verleumdungen des Bürgermeisters Binz in Gündlingen war im November der frühere Sonnenwirt Adolf B. in Gündlingen vom Schöffengericht Weisach zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Die von dem Verurteilten eingelegte Berufung ist von der Strafkammer in Freiburg verworfen worden, dazu bleibt auch die Publikation bestehen.

Neues vom Tage.

Die Opfer der Eisenbahnkatastrophe.

Metz, 6. Jan. Heute nachmittag erfolgte die feierliche Ueberführung der Leichen der sieben Opfer der Eisenbahnkatastrophe bei Boissy vom Garnisonlazarett 1 nach dem Hauptbahnhof, von wo sie mittels Sonderzuges zur letzten Ruhe nach Batmen sowie Hagen verbracht wurden. Eine große Menschenmenge säumte die Straßen und verbarnte in ergreifender Stille in der Leichenhalle. Der evangelische und der katholische Pfarrer hielten kurze Ansprachen. Hierauf wurden die Särge, denen zahlreiche Kranke vorangetragen wurden, zu den Leichenwagen getragen und nun setzte sich der große Leichenzug nach dem Bahnhof in Bewegung. An dem Leichenzug nahmen die Generalkommission, zahlreiche Abordnungen sämtlicher Truppenteile, Vertreter der Eisenbahnverwaltung und Abordnungen der Eisenbahner teil. Auf dem Bahnhof hielten die Geistlichen noch einmal eine kurze Andacht. Alsdann wurden die Särge zum Transport in die Heimat in den Gtrazug gehoben.

75 Menschen ertrunken.

London, 6. Jan. Die Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus New York, daß bei dem Untergang einer Bark auf dem Frazer Fluß in der Nähe des Forts George in Britisch-Columbien 75 Personen ertrunken sind.

Englische Weihnachtstiere.

San Juan (Portorico), 6. Jan. Im Stadttheater sollte eine Weihnachtsbescherung armer Kinder stattfinden. Als die Türen des Theaters geöffnet wurden, entstand ein Gedränge, bei dem 4 Kinder getötet und 18 schwer verletzt wurden.

Gerettete Schiffbrüchige.

Newport, 6. Jan. Im hiesigen Hafen trafen heute 5 Vermittelte von der Mannschiff des verunglückten Dampfers „Oklahoma“ ein, die am Sonntag nachmittag von dem Dampfer „Gregori“ der Booth Line in einem Rettungsboot aufgefunden worden waren. Die Geretteten waren 6 Stunden lang bei bitterer Kälte auf dem Meer umhergetrieben. In einem anderen Rettungsboot wurden von einem Zollkutter 3 Mann tot aufgefunden, sodas mit den 8 von der „Bavaria“ Geretteten das Schicksal von 16 Mann von der 38 Mann starken Besatzung des Dampfers „Oklahoma“ festgestellt ist.

Newport, 6. Jan. Die 5 Geretteten von dem Dampfer „Oklahoma“ berichten, daß das Schiff ohne vorherige Anzeichen mitten durchgebrochen sei. Das Wetter war sehr stürmisch und ungeheure Seen schlugen über Bord, als das Schiff sich plötzlich mit dumpfem Knack in der Mitte durchzog, anscheinend von zwei ungeheuren Wellen am Bug und am Heck in die Höhe gehoben. Die Maschinen arbeiteten mit voller Kraft und konnten nicht zum Stehen gebracht werden. Die Mannschaft fügte, soweit es ihr möglich war, an Deck. Zwei Rettungsboote wurden stift gemacht. Das erste schlug voll. Wahrscheinlich ist es das, das von dem Zollkutter gefunden worden war und in dem sich 3 Leichen befanden. In dem anderen Boot mit dem später von dem Dampfer „Gregori“ Geretteten befanden sich beim Abstoßen 11 Mann, von denen 8 bei dem wiederholten Kentern des Bootes ertranken. Die 5 Geretteten befanden sich in einem beinahe unerschütterten Zustand.

Aus der Partei.

*** Anielingen, 6. Jan.** Sozialdem. Verein vorwärts. Am Samstag, 10. Jan., abends 8 Uhr, findet in der Wirtschaft zum „Bahnhof“ (Nebenzimmer) eine außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. örtliche und kommunale Angelegenheiten. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Ehrensache der Mitglieder, früh und pünktlich zu erscheinen. Auch diejenigen Volksfreunde, die gewonnen sind, der Partei beizutreten, sind freundlich eingeladen.

*** Gredingen, 6. Dez.** Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, 8. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins stattfindet, in welcher kein Parteigenosse fehlen darf.

*** Wurmshelm, 6. Jan.** Flottes Leben pulsiert zurzeit hier im Kreise der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft. Am letzten Samstag hatte das Ortskomitee eine Versammlung einberufen, woselbst Stellung genommen wurde zur Abhaltung von Besetzungs- und Diskussionsabenden. Parteisekretär Gen. Trintz hielt hierzu das einleitende Referat. Alle Genossen, die in der Diskussion sprachen, stimmten den Leitgeden des Referenten zu. Es werden also für die Folge im Monat zweimal solche Zusammenkünfte stattfinden und zwar an jedem ersten Sonntag und jeden dritten Sonntag im Monat. Auch die Bibliothek soll einer Durchsicht und Verbesserung unterzogen werden. Die nächste Zusammenkunft findet am Sonntag, 18. Januar, statt. Behandlungsgegenstand: „Erster Teil des Erfurter Programms“.

*** Ausschluß aus der Partei.** Mit den Ausschlußanträgen der Parteioorganisation des Kreises Solingen gegen einige Führer des lokalistischen Industrieverbandes beschäftigte sich am vergangenen Sonntag das niederheinische Agitationskomitee. Das Urteil lautete gegen die Geschäftsführer Ein, Braun, Witte und den Arbeitersekretär Ehardt auf Ausschluß aus der Partei. Die vier Genannten hatten seit Jahren die Partei und einzelne Parteigenossen durch Artikel im lokalistischen „Stahlwarenarbeiter“ in der gefährlichsten Weise belächelt. Gegen einen fünfjährigen Angeklagten wurde auf eine scharfe Rüge erkannt.

Gewerkschaftliches.

Rehl, 6. Dez. Wie alljährlich, so fand auch heuer wieder die Silvesterfeier des Gewerkschaftsartells am Silvesterabend statt. Es ist ein erfreuliches Zeichen der Vorwärtsentwicklung der Arbeiterbewegung, daß der größte für solche Zwecke geeignete Saal, nur den kleinsten Teil der Besucher fassen konnte. Es wird Aufgabe des Gewerkschaftsartells sein, dafür zu sorgen, daß uns das nächste Mal die städtische Turnhalle zur Verfügung gestellt wird. Damit könnte zugleich auch die vielgepöbelte Unparteilichkeit der liberalen Gemeinderatsmehrheit auf die Probe gestellt werden. Das Fest selbst kann in allen Teilen als gelungen bezeichnet werden. Die Vorträge bildeten die Höhepunkte der Feier. Die Vorträge von H. J. H. R. und des Genossen W. O. Offenburger sowie die Rezitationen des letzten. Guten Anfang fand auch das Theaterstück „Schließt die Reihen!“ Die Genossen Lughausen und Raffendorf sorgten mit Humor und Satire für die heitere Seite der Unterhaltung. Den Schluß bildeten vier lebende Bilder. Die Festrede, die in Anbetracht der bevorstehenden Reichstagswahl besonders wichtig gewesen wäre, mußte unterbleiben, weil der beauftragte Redner in letzter Minute abfiel. Im übrigen verlief das Fest sehr friedlich und erst am frühen Morgen trennte man sich mit dem Bewußtsein, einige angenehme Stunden verbracht zu haben.

Aus dem Lande.

Durlach.
— Ein Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht von Sonntag auf Montag in der hiesigen Gypshöhle verübt. Die Höhle wurde mittels Nachschlüssel geöffnet und 6 Pakete entwendet. Drei davon waren von den Dieben, da sie wertlose Gegenstände enthielten, vergraben worden. Ein Polizeihund entdeckte dieselben.

— Der Rechnungsabluß der städtischen Sparkasse pro 1913 dokumentiert deutlich die außerordentlich schwierigen Geldmarktverhältnisse. Zunächst haben die gekauften Wertpapiere der Kasse 1913 einen weiteren Kursverlust von über 20 000 Mk. erlitten. Der Kursverlust, den dieselben bis jetzt überhaupt erlitten haben, beträgt annähernd 58 000 Mk. Die Einlagen im Betrag von circa 5 1/2 Millionen Mark haben die Rückzahlungen nur um rund 181 000 Mk. überschritten. Der Reinertrag...

Kunst und Wissenschaft.

Lieder- und Klavier-Abend Hilda Salbern und Paul Schramm.
Zwei Opfer der in den letzten Monaten hochgehenden Konjunkturlut, die nun nach kurzer Feiertagspause in erneuter besorgniserregender Stärke wieder heranzukraften, waren die beiden Künstler, die am Sonntagabend im Künstlerhausaal ein Konzert gaben. Zwei Opfer, die es nicht verdient hatten, daß der Saal so erschrecklich leer war; aber bei diesem Konzertsturm müssen eben Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit leiden, erstere sogar meist noch mehr als letztere. Die vorzüglichen Leistungen der beiden Künstler hätten einen gutbesetzten Saal verdient. Die Sängerin Hilda Salbern brachte uns Lieder von Brahms, Josef Marx und Max Schilling. Der Vortrag der Brahms'schen Lieder konnte uns nicht recht ermüden, die Stimme der Sängerin verfügte nicht über die lyrische, weiche Ausdrucksfähigkeit, die zum Vortrag dieser Lieder nötig ist, in der Höhe klingt sie besonders hart und metallisch. Die Schilings Lieder dagegen ausgezeichnet, die Lieder von Josef Marx wirkten dramatisch auszugestalten, jedoch man gerne dem Vortrag der so schönen Marx'schen Kompositionen lauschte. Auch Max Schilling's 5 Lieder waren schöne abgerundete Leistungen. Restlos befriedigte uns Herr Paul Schramm; zunächst als Begleiter am Flügel. Einen besseren Partner hätte sich die Sängerin kaum gewinnen können. Das war ein Zusammenwirken der beiden Künstler, dem man mit ungetrübtem Genuß sein Ohr verlieh. Besonders bei den Liedern von Josef Marx, deren Begleitung oft eine ganz selbständige ist und die gleich einem schillenden, glühenden Rahmen den Text einfaßt, bewährte sich Herr Schramm in glänzender Weise. Als Solist befriedigte Herr Schramm nicht minder. Geradezu bezaubernd ist sein Anschlag, der von ungewöhnlicher Stärke ist. Sein Vortrag, er spielte eine Sonate von Brahms, Schumanns und Etuden von Chopin und Liszt, der heilige Franziskus über die Wogen schwebend, zeigte eine starke Erinnerung, ein starkes Einleben in den Inhalt der Komposition. Bei der Brahms'schen Sonate waren vielleicht einige Verwirrungen zu verzeichnen, Chopin und Liszt spielte der Künstler aber meisterlich; plastischer kann z. B. die Liszt'sche Komposition kaum ausgemalt und ausgedeutet werden, wie es Herr Schramm tat. Der überaus starke Beifall war ein wohlverdienter. Wir hätten den beiden Künstlern recht gerne einen vollen Saal gewünscht, denn ihre Leistungen wären eines solchen Besuches wert gewesen. H. W.

gewinn betrug rund 114 500 Mk. und war um circa 15 000 Mk. niedriger als im Vorjahr, trotzdem das Einlageguthaben um rund 900 000 Mk. höher war als 1912. Der Reinertrag hat nunmehr 1 Million Mark überschritten und beträgt 1 045 981,48 Mark, während er eigentlich betragen soll 1 116 836,11 Mk. Es fehlen daran noch rund 70 000 Mark und es wird daher auch im kommenden Jahr noch nicht daran gedacht werden können, Sparassensüberschüsse für gemeinnützige Zwecke bereitzustellen.

— **Zusammenstoß mit Wilderern.** Der Jagdaufseher Aug. Würd stieß auf einem Dienstgang auf 2 Wilderer, welche zwei Fasenohrenhunde und eine Parianenhunde trugen. Es entspann sich ein Kampf, wobei es jedoch dem Jagdaufseher gelang, einen der Wilderer zu verhaften und der Polizei zuzuführen, der zweite Wilderer entkam.

Ettlingen.

— Die Generalversammlung des sozialdem. Vereins findet am Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, in der Brauerei Densle statt und diejenige der Freien Turnerabteilung am Sonntag, 11. Jan., mittags 2 Uhr, in der „Blume“.

*** Arbeitsbeschränkung wegen ungünstiger Geschäftslage.** Wie der „Mittelbad. Courrier“ hört, ist durch die flauere Geschäftslage, in der Textilbranche verurteilt, bei der Spinnerei und Weberei Ettlingen eine Einschränkung der Arbeitszeit vorgenommen worden. Vorerst wird in den Monaten Januar, Februar und März an den Montagen in der Weberei nicht gearbeitet. Den Arbeitern und Arbeiterinnen, die an diesem Tage zu feiern gezwungen sind, wird von der Fabrikleitung eine Vergütung gezahlt. — Auch in den Papierfabriken soll eine Verkürzung der Arbeitszeit geplant sein.

Baden-Baden.

*** Fremdenfrequenz.** Nach der amtlichen Fremdenliste hat die Zahl der ankommenden Fremden im verfloßenen Jahre dieiffer 76 498 erreicht einschließlich der 1168 Besucher des Landesbades.

— **Volksschulneubau.** Neben der Erbauung eines neuen Krankenhauses steht auf der Tagesordnung der nächsten Bürgerausschusssitzung als wichtiger Punkt die Erbauung eines Volksschulhauses am Stadtteil Südteil.

Die Frage der Errichtung eines Volksschulgebäudes hat bereits anlässlich der Eingemeinderungsverhandlungen eine Rolle gespielt. Die Stadt Baden übernahm in dem Eingemeinderungsvertrag die Verpflichtung, in fünfjähriger Frist ein Volksschulhaus zu errichten. Die Bürgerausschusssmitglieder aus dem Stadtteil Südteil, auch unsere Fraktion, erinnerten jeweils bei passender Gelegenheit die Stadtverwaltung an ihr gegebenes Versprechen, da die Zustände, besonders hinsichtlich der Unterbringung der Volksschüler, unhaltbar geworden waren.

Nun liegt dem Bürgerausschuß ein fertiges Projekt für den Schulhausneubau vor, das in seiner Gestalt, in Verbindung mit einem Volksschul- und einem Marktplatz, als großzügig bezeichnet werden muß. Das Gebäude kommt in der Hauptfassade an die Maximilianstraße zu liegen und wird vorerst nur als Anbau zum bestehenden Volksschulhaus erbaut. In der Verbindung mit dem bestehenden Volksschulhaus angebaute werden kann. Ein in die Gebäulichkeiten eingebauter Raubgang gibt der ganzen Anlage einen besonderen Reiz und wird gleichzeitig den Marktschulern Schutz vor den Unbilden der Witterung verleihen. Einem dringenden Bedürfnis der Südteilstadt wird Genüge getan durch den Einbau eines Volksschulbades mit Bännen- und Brausebädern. Es darf wohl erwartet werden, daß man die Erfahrungen, die man mit den anderen Volksschulbädern gemacht hat, verwertet und diese Anstalt gleich groß anlegt.

Das Schulgebäude besteht aus einem Hauptbau mit vier Geschossen und einer Turnhalle. Es sind 12 Klassenzimmer, 1 Zeichenaal, 1 Karzer, 1 Lehrmittelzimmer, 1 Konferenzzimmer ufm. und eine Schuldienerwohnung untergebracht. Die äußere Architektur trägt etwas mehr Abwechslung getragen können. Sie lehnt sich zu sehr an die Architektur der bereits ausgeführten städtischen Bauten an, so daß das Neuhere der städtischen Bauten fast zur Echelone wird. Auch hätte die Fassade, einem Schulhaus entsprechend, etwas Schmutz getragen können. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Stadtgemeinde in diesem Punkte etwas großzügiger verfährt, denn da sie immer mehr als Bauherrin in Betracht kommt, trägt sie einen großen Teil der Verantwortung, wie spätere Zeiten einmal über unsere Baukultur urteilen werden.

An Kosten veranschlagt die Erstellung des Schulgebäudes 216 000 Mk. Die Einrichtungs- und 26 405 Mk. veranschlagt, die Hofanlage kostet 26 400, das Volksschulhaus 20 980, die öffentliche Abortanlage, die für den Marktplatz nötig wird, 4675 Mk., jedoch die Gesamtkosten für die Gebäulichkeiten 338 555 Mk. betragen. Dazu kommt noch der Ankauf von einem Teil des Parks, der vom Großh. Domänenrenter erworben werden muß und 36 000 Mk. kostet. Mit der Ausführung dieses Projektes wird die Stadt Baden in ihrer kulturellen Entwicklung wieder einen großen Schritt machen, zum Segen ihrer gesamten Einwohnerschaft.

Offenburg.

— **Sozialdemokratischer Verein.** Samstag, 10. d. M., abends halb 9 Uhr, findet im „Anker“ eine Mitgliederversammlung statt. Der Reichstagskandidat Gen. Geiler-Waldhausen wird einen Vortrag über „Klassenkampf und Klassengegensätze“ halten. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen.

— Ein Stimmungsbild aus der kapitalistischen Weltordnung. Im „Offenburger Tagblatt“ befindet sich folgende Notiz: In Armut gestorben ist am Weihnachtsabend in München der Kunstmalers Hugo Huber, bekanntlich ein engerer Landsmann von uns aus dem nahen Durbach. Huber war eine echte Künstlernatur, die über der Liebe zur Kunst alles Materielle vergaß, und jedenfalls die Gabe nicht besaß, sein reiches Können auch geschäftsmäßig zu fruchtbarisieren. Zahlreiche Kirchen, darunter auch die Offenburger Pfarrkirche, weisen Bilder von Hubers Hand auf und werden seinen Künstlererbum dauernd bewahren.

Man erhebt hieraus, wie die Talente, die im Volke schlummern, elendig zu Grunde gehen; so will es der kapitalistische Klassenstaat, Millionen werden verpulvert, für das jeder Kultur und Menschenliebe hohnsprechende Betrüben des Militarismus; für wirkliche Kulturwerte, Bildung und Bildung der unteren Volksschichten hat man nichts übrig. Die Bildung soll ja nur das Privileg der Reichen sein.

*** Rappnau, 6. Jan.** Als der Landwirt Huber von dem heftigen Nachbortrot Hohenstadt mit seinem Gefährt zwischen Hohenstadt und Wimpfen fuhr und einem ihm entgegenkommenden Fuhrwerk ausweichen wollte, erhielt er von dem Pferd einen Schlag, der den sofortigen Tod des Mannes herbeiführte.

*** Weiskirchen, A. Heideberg, 6. Jan.** Auf einem Bestattung von Friedhof nach Grenzhof wurde der Leichnam von zwei Männern überfallen und beraubt. Es gelang, die Täter festzunehmen; sie legen sofort ein Geständnis ab.

*** Mannheim, 7. Jan.** Der Metallarbeiter Ludwig Freyler ermordete seinen einjährigen Knaben und schoß sich auf dem Friedhof seiner Frau selbst eine Kugel durch den Kopf. Die Tat ist deshalb umso trauriger, als die verlorbene Frau im Herbst 1913 ihre beiden Kinder zu ermorden verurteilt. Bei einem Kind war damals der Mord gelungen; das andere konnte...

von seinen schweren Verletzungen geheilt werden. Dieses Kind hat nun — wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet — der Vater ermordet.

*** Altenbach, 6. Jan.** Anlässlich einer Schneeballschlacht zwischen hiesigen und Schriesheimer Burschen kam es zu Tätlichkeiten, wobei ein Mann durch einen Steinwurf erheblich verletzt wurde. Es fielen auch Revolvergeschosse, wodurch jedoch niemand verletzt wurde.

*** Seelbach, 6. Jan.** Am Samstag wurde hier ein 21jähr. Mädchen verhaftet, das in dringendem Verdachte steht, die Mutter des am Sonntag, den 28. Dezember, im Dorfbach gefundenen Kindes zu sein. — Weitere Nachforschungen haben ergeben, daß das verhaftete Mädchen tatsächlich die Kindesmutter ist; doch soll nicht feststehen, daß sie das Neugeborene vorjährlich ums Leben gebracht hat. Näheres wird die Untersuchung ergeben.

Die Bestattung des Gen. Rats Dr. Karl Reich. Unter einer außerordentlich starken Beteiligung erfolgte gestern vormittag die Bestattung des Ehrenbürgers der Stadt Mannheim Gen. Rats Dr. Karl Reich. Die Friedhofkapelle hatte eine besondere Ausschmückung erfahren. Rahmendeputationen der zahlreichen Vereine, denen der Verstorbene als Ehrenmitglied und Förderer angehört hatte, umstanden den Sarg. Zahlreiche Vertreter städtischer und staatlicher Behörden waren erschienen, u. a. die Minister v. Dusch, v. Bodman und Dr. Rheinboldt, ferner der Präsident der zweiten Kammer, Abg. Koberg, sowie zahlreiche Vertreter von Handel und Industrie. Ein Orgelspiel und Choralvortrag der Mannheimer Liedertafel leitete die Feier ein, worauf Stadtpfarrer Ahtnich die Gedächtnisrede hielt. Nach einem abermaligen Liedvortrag eines Ansehens sprach Oberbürgermeister Kucher, dann Reichstagsabg. Wassermaun namens der Nationalliberalen Partei. Er folgten mehrere Ansprachen von Vertretern der Heidelberger Universität, des Bad. Reinvereins, des Landesverbandes vom Roten Kreuz und der Rheinischen Hypothekbank u. a. m. Nach einem Vortrag der Liedertafel folgte die Ueberführung nach dem Krematorium, woselbst nach einem Gebet des Geistlichen unter Orgelspiel und Ehrensalven der Sarg in die Tiefe sank.

Landwirtschaftliches.

*** Maul- und Klauenseuche.** Am 31. Dezember verfloßenen Jahres waren, soweit dem statistischen Landesamt Berichte vorlagen, in Baden durch Maul- und Klauenseuche in 9 Amtsbezirken, 40 Gemeinden und 363 Gehöfte verheert. Gegenüber der amtlichen Nachweisung über den Stand der Seuche vom 15. Dezember vorigen Jahres ist eine Abnahme zu konstatieren, denn zu jenem Zeitpunkt waren noch 508 Gehöfte verheert. Durch Schweinepeste und Schweinepest waren in 13 Amtsbezirken 22 Gemeinden verheert.

Aus der Stadt.

* Karlsruher, 7. Januar.

Frauenaktion.

Auf den heute abend im „Auerhahn“, Schützenstraße 58 stattfindenden Lichtbildervortrag sei nochmals hingewiesen. Der Vortragende, Herr Hornung, wird die Zuhörer in Wort und Bild nach dem sagenumwobenen Hohentwiel, nach den schönen Gestalten des Bodensees und alsdann zurück nach den weltbekannten Maggi-Werken führen. Dieser Vortrag dürfte besonders der Arbeiterschaft, der es die Mittel nicht erlauben, die Bodenseeregion in natura zu schauen, eine willkommene Abwechslung in des Tagesereignisse bieten. Die Frauen aber dürfte besonders die Herstellungsweise der in heutiger Zeit im Haushalt und in der Touristik fast unentbehrlich gewordenen Maggi-Produkte interessieren. Wir möchten deshalb die Genossinnen und Genossen eruchen, recht zahlreich zu erscheinen. Auch Gäste sind willkommen.

Eine öffentliche Versammlung.

findet nächsten Samstag, 10. ds. Mts., in der Gewerkschaftszentrale statt. Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. David John-Berlin, der sich besonders um die Förderung der Abstinenzbewegung in der Arbeiterschaft viele Verdienste erworben, wird einen Vortrag über „Neue Wege zum Ziel“ halten.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, für einen recht regen Besuch dieser Versammlung Propaganda zu machen.

Bildungsausschuß.

Auf die heute abend halb 9 Uhr im „Auerhahn“ stattfindende sehr wichtige Sitzung seien die Mitglieder nochmals mit der dringenden Bitte, vollständig zu erscheinen, hingewiesen.

41. Landtagswahlkreis (Ost- und Südstadt).

Wir machen nochmals auf die heute abend halb 9 Uhr im „Schwarzwälder Hof“ stattfindende Besprechung aufmerksam.

Auch ein Neujahrsgeschenk. „Was mein Kollege, Hausbesitzer Moritz in Mannheim kann, der bekanntlich die Steigerung der Wohnungsmiete ab 1. Januar mit dem fälligen Mehrbeitrag begründete, kann ich auch,“ dachte der Hauseigentümer W. Wagner des Hauses Wäldstr. 25, früher Augartenstraße 79. Er schickte Ende des letzten Monats seine Tochter mit einem Schreiben zu den verschiedenen Wetzern und jetzt ihnen auseinander, daß die Hypothekenzinsen, Steuern und Abgaben steigen werden und er deshalb die Miete ebenfalls steigern müsse. Die Steigerung beträgt für 6 Wohnungen die nette Summe von 118 Mk., 16—18 Mk. pro Wohnung; um der Gerechtigkeit willen, Hauseigentümer sind ja immer gerecht denkende Leute, hat Herr Wagner die schwachen Schultern, die Schultern der armen Familien in den oberen Stockwerken ebenso belastet wie gerade Inhaber größerer Wohnungen in den unteren Stockwerken. Durch Not und Armut gezwungen, nicht weil es ihnen Spaß macht oder die Luft „oben“ besser ist, bewohnen 2 Familien im 4. Stock eine Wohnung von 3 Zimmer und 1 Küche. Da es zwei Familien sind freigezogene Herr Wagner die Miete um 36 Mk., das sind 18 Mk. pro Familie!

Bekanntlich schreibt das Bürgerium Peter und Moritz wegen des (kurzweiligen). Wenn es aber ein Mittel gibt, die Arbeiter zu veranlassen, die Geburten einzuschränken, so sind es die Maßnahmen der Hauseigentümer, die auf der einen Seite von kinderreichen Familien in ihren Wohnungen erstickt...

wissen wollen und auf der anderen Seite unerhörte Miete verlangen. So muß eine Familie, die auch in dem genannten Hause des Herrn Wagner wohnt und die 12 Kinder hat, jährlich 498 M. Miete zahlen.

Die Arbeiter zahlen auch Steuern und Umlagen, haben auch Abgaben, genau so wie die Herren Hausbesitzer. Aber gerade die Hausbesitzer gehören zu den größten Schmarotzern, die am lautesten schreien, wenn Arbeiter Lohnforderungen stellen, die über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter am ärgsten losziehen. Gerade der Herr Wagner war es, der für die Wünsche der Bäcker nicht das geringste Verständnis hatte und sich am ärgsten gegen deren Forderungen wehrte.

Als die Bäcker Kost und Logis außer dem Hause wollten, sträubte er sich mit Händen und Füßen dagegen; er versteht es aber sonst bei jeder Gelegenheit darüber zu jammern, was seine Bäcker das Jahr über wegfr...

Dabei hätten es gerade bei Herrn Wagner die Bäcker am allermeisten außerhalb des Hauses zu schlafen, denn die Schlafräume lassen alles zu wünschen übrig.

Berein für Frauenstimmrecht. Am Dienstag, 13. Jan. abends halb 9 Uhr, wird Herr Stadtpfarrer Sesselbacher im Saale der „Vier Jahreszeiten“, Hebelstraße, in einer öffentlichen Versammlung, veranstaltet vom Verein für Frauenstimmrecht, über das Thema sprechen: „Die sittliche Pflicht der Frau zur Teilnahme an der Politik“.

Er ist dies das erste Mal, daß ein protestantischer Geistlicher seinen Standpunkt auch von der religiösen Seite aus zur modernen Frauenbewegung in einer öffentlichen Versammlung in Karlsruhe darlegt, und weite Kreise werden deshalb mit Interesse den Ausführungen des bekannten Redners und Sozialpolitikers entgegensehen. Der Rede wird freie Diskussion folgen.

Tödlicher Unglücksfall. Gestern nachmittag 1/6 Uhr geriet der am 28. Mai 1885 zu Forchheim geborene, verheiratete Rangierer Wilhelm Gallion beim Manövrieren im Gebiet der Hauptwerkstätte zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt und der rechte Unterschenkel abgefahren wurde. Der Tod trat sofort ein. Er hinterläßt eine Frau mit 3 Kindern.

Ersticht aufgefunden. In der Benzolfabrik der Zeche Centrum 1-3 in Wattencheid hat sich ein tödlicher Unfall zugetragen. Am 2. Januar wurde dort der Schlosser Friedrich Argast von Dürrenbüding, der hier längere Zeit in Arbeit stand und vielen Genossen bekannt sein dürfte, als Leiche aufgefunden. Alle Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos. Wie die ärztliche Untersuchung ergeben hat, liegt Erstichtung infolge Einatmens von Benzolgasen vor. Die Ursache dieses bedauerlichen Unfalles ist noch nicht bekannt. Der Verunglückte ist 24 Jahre alt, ging im Herbst von der Marine ab und verlobte sich an Weihnachten.

Betriebsstörung bei der Altbahn. Infolge eines Defektes in der elektrischen Zentrale der Altbahn trat Montag nachmittag eine Störung in elektrischen Bahnbetrieb ein, jedoch zwischen halb 6 Uhr und halb 9 Uhr die Züge zum größten Teil durch Dampfloklokomotiven befördert werden mußten, wodurch nicht unerhebliche Verspätungen entstanden. Am Mittwoch blieb der Frühzug 5.43 beim Hauptbahnhof stehen; der nachfolgende Zug schob ihn bis zur Haltstelle.

Veranstaltungen. * Kombinierte Karnevals-Sitzung. Im Jahre 1914 hat sich der karnevalistische Humor aus nahmsweise schon sehr früh geltend gemacht. Am 4. Januar — gewiß ein sehr frühes Datum — lagten im feilich erleuchteten „Apollo-Saal“ erstmals vier Karnevalsgesellschaften, die gemeinsam und einträchtiglich dem Prinzen Karneval zu huldigen beschlossen hatten. Diesem gemeinsamen Zusammenwirken von vier Vereinen kann man nur Lob zollen. Die gebotenen Vorträge waren mitunter von anerkannter Güte in Bezug auf Witz und Frohsinn.

rogen“. Von ihm waren die Pressevertreter, die Esferräte der nicht fungierenden Vereine und der Urheber des glücklichen Zustandekommens, Baurat Meßger, bedacht worden. Nicht unerwähnt darf eine fernige Ansprache des Präsidenten Max Motter („Lassallia“) bleiben, an die sich anschließend die Lieberdichter Bidel, Wadenhut, Gorenflo und Karren Bidel die verdienten Orden holen durften. Ein flott verlaufener Ball brachte uns zur Ueberzeugung, daß es ein zukunftsreiches Streben wäre, wenn sich diese vier Karnevalsgesellschaften: „Alt-Karlsruhe“, „Fidèle Geister“, „Marchalla Nippurr“, und „Weierheimer Funken“, auch fernerhin vereinigen würden.

W. Sch. * Residenztheater. Der Hauptklager des neuen Programms ist das historische Drama „Die Ritter von Rhodos“ oder „Die Johanniter-Ritter“. Darauf folgen „Die beiden Praxler“, das Pathé-Journal mit neuen aktuellen Bildern, ein größeres Drama „Liebe kennt kein Gebot“, ein amerikanischer Film „Im Kampf mit Rothhäuten“ und eine liebliche Komödie „Märchen heiratet“.

Letzte Nachrichten.

Eröffnung des elsaß-lothringischen Landtages. Straßburg, 6. Jan. Die feierliche Eröffnung der zweiten Tagung des Landtages erfolgte um 11 Uhr im Kaiserpalast durch eine Rede des Reichlichen Statthalters Grafen v. Wedel, in der er u. a. ausführte, daß die finanzielle Lage der Reichslande eine Beschränkung der Ausgaben notwendig mache, die auch auf die Verbesserung der nicht staatsmäßig Angestellten, für die im Nachtragsetat Vorschläge gemacht werden, nicht ohne Einfluß blieb.

Zur Besserung der finanziellen Lage ist die baldige Reform der direkten Steuern in Erwägung zu ziehen. Der betreffende Entwurf werde unverzüglich dem Landtage vorgelegt werden. Die Erhebungen anlässlich des Wehrbeitrages würden ein Urteil darüber bilden lassen, ob eine Vermögenssteuer einzuführen sein wird. Ohne weiteres werde das Einkommensteuergesetz zur alsbaldigen Beratung gestellt werden. Neben anderen Fragen, wie die Wiederbelebung rechtlicher Fähigkeiten (Angleichung der betreffenden Vorschriften des Code Pönale an die Vorschriften des Reichs), die staatlichen Kultusaufgaben usw., die Verfassung der Kirche ausburglicher Konfession und der reformierten Kirche, die Losgelassenheit usw. ist die bedrängte Lage des Winzerlandes für die Regierung Gegenstand ernster Aufmerksamkeit. Neben dem Grundbesitznachschuß sind Maßnahmen vorgesehen zur Bekämpfung der Rebschädlinge. Weiter wird auf die abgeschlossenen und noch vorzunehmenden Arbeiten der Rheinregulierung und des Kanalnetzes hingewiesen. Schließlich äußert sich der Statthalter zu dem Wunsche der Volksvertretung nach Vereinfachung der Verwaltung dahin, daß die Bezirkspräsidenten nicht beauftragt werden können und die Bezirke als Selbstverwaltungskörper bestehen bleiben sollen. Doch wäre es möglich, die Befugnisse der Bezirkspräsidenten auf dem Gebiete der allgemeinen Landespolizei und Geistesaufsicht zwischen den Ministerien und der unteren Verwaltung aufzuteilen. Bezüglich der Verwaltung des Forstwesens und des niederen Unterrichtswesens sind die Erörterungen angefangen, die gegen eine Zentralisierung bestehenden Bedenken noch nicht abgeschlossen. Erwünscht ist ferner die Regelung des Forstschutzdienstes und der Verjüngung der Gemeindeforstbeständen, worüber ebenfalls dem Landtage eine Denkschrift zugehen wird. Darauf erklärt Statthalter Graf Wedel die Tagung mit einem Hoch auf den Kaiser für eröffnet.

Straßburg, 6. Jan. Beide Kammern des Landtages hielten heute Nachmittag Sitzungen ab zwecks Bildung ihrer Bureaus und Kommissionen. Hierbei konnten die Kommissionen der Zweiten Kammer nicht gebildet werden, da noch über einen Antrag der Lothringer beraten werden soll, die Beratung des Etats in zwei Kommissionen vorzunehmen. In der Zweiten Kammer betonte der Alterspräsident Bourger in seiner Eröffnungsrede die politischen Schwierigkeiten die z. Bt. in Elsaß-Lothringen als Noxiä betrachtet werde. Bei der Erwähnung der Baberner Vorfälle bemerkte er, daß eine militärische Gegenregierung bestehe. Dem Reichstage müsse man daher dankbar sein für seine Stellungnahme zur Wahrung der elsaß-lothringischen Interessen. Die Schuld an der Juripitierung der Verhältnisse trage allein die unzulängliche Verfassung. Eine Aenderung könne erst dann eintreten, wenn Elsaß-Lothringen mit den übrigen Bundesstaaten vollständig gleichberechtigt sei. Der Redner wurde öfters durch Beifall unterbrochen.

Städtische Arbeitslosen-Unterstützung in Frankfurt a. M. Frankfurt a. M. 6. Jan. Hier ist die städtische Arbeitslosenunterstützung eingeführt worden. Als Voraussetzung für die Gewährung der Unterstützung wird gefordert, daß der Arbeitslose seit mindestens einem Jahre ununterbrochen hier wohnt und nicht nur vorübergehend als Arbeitnehmer tätig war. Ferner muß der Arbeitslose einem Gewerbe angehören, auf Grund dessen ihm die Verrichtung häuslicher Hilfsarbeiten nicht zugemutet werden kann. Die tägliche Unterstützung beträgt für Unberheiratete 70 Pfg., für Verheiratete 1 Mark. Für letztere kann die Unterstützung für jedes unterförmige Kind im Alter bis zu 16 Jahren um 15 Pfg. bis zum Gesamtbetrage von 1,60 M. erhöht werden.

Arbeitslosen demonstration. Solingen, 7. Jan. Nach Schluß einer von etwa 1200 Personen besuchten Arbeitslosenversammlung zog die Menge großend und pfeifend auf dem Marktplatz um vor dem Oberbürgermeister zu demonstrieren. Die Polizei sperrt die Zugwege zum Rathaus ab.

In Düsseldorf zog nach einer Arbeitslosenversammlung ebenfalls ein Teil der Arbeitslosen vor das Rathaus und rief nach Arbeit und Brot; die Polizei drängte die Leute in die Nebenstraßen.

Kriegsgerichts-Urteil. Kiel, 6. Jan. Vor dem Marinekriegsgericht hatten sich heute wegen militärischen Aufruhrs die Matrosenartilleristen Köhbe, Weber, Langenbeck und Ledefeld zu verantworten. Sie haben am Forts Steich im Kieler Hafen mit anderen Kameraden, die nicht ermittelt werden konnten, dem Vizefeuerwerker, der den Offiziersdienst tat, den Gehorjam verweigert und Standal gemacht. Köhbe wurde zu 3 Jahren 4 Monaten, Weber zu 2 Jahren 9 Monaten, die beiden anderen Angeklagten zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausperrung. Budapest, 6. Jan. In der Ganz'ichen Waggonfabrik sind von neuem sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden, weil ein Teil der Eisendreher, sich weigerte, die neue Arbeitsordnung anzunehmen.

Streikbewegung in Natal. Pretoria, 7. Jan. Das Exekutivkomitee der Eisenbahner hat beschlossen, für Donnerstag den Streik zu erklären, wenn die Regierung nicht die entlassenen Leute wieder einstellt.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats. Z. B., Kastatt. Darlehensforderungen verjähren nach 30 Jahren.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kabele; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Ruisenstraße 24.

Verbandsanzeiger. A. Mühlburg. (Bruderkund.) Freitag den 9. Jan.: Wiederbeginn der regelmäßigen Singstunden für Männerchor. — Montag den 12. Jan. für gemischten Chor. Wir bitten unsere Sänger und Sängerinnen um vollständiges Erscheinen.

6226.2 Der Vorstand. Weiertheim. (Arbeitergesangverein Freiheit.) Heute abend punkt halb 9 Uhr Beginn der regelmäßigen Singstunden in der Turnhalle. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Sänger Ehrensache. 6546

Durlach. (Arbeiterbund „Vorwärts“, Sängersektion.) Morgen Donnerstag Wiederbeginn der regelmäßigen Singstunden. Es ist Pflicht aller Sänger, auch der neuangemeldeten, pünktlich zu erscheinen. 6545

Der Vorstand. Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Morgen Donnerstag, 8. d. M., abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung im „Darmstädter Hof“. Sehr wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen. — Die aus der Bibliothek entliehenen Bücher sind mitzubringen. 6546

Durlach. (Arbeiterbund „Vorwärts“.) Heute Mittwoch abend halb 9 Uhr Ausschussung bei Wettag zum „Zähringer Hof“. Erscheinen unbedingt erforderlich. 6537

Wasserstand des Rheins. 7. Januar. Schutterinsel 1.03 m, gest. 3 cm, Rehl 2.01 m, gest. 3 cm, Marx 3.77 m, gest. 19 cm, Mannheim 3.07 m, gest. 20 cm.

En gros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail. 10% Skonto oder doppelte Rabattmarken gewährt bis auf weiteres auf sämtliche Mode-Artikel. Einige Serien sind bis 50% im Preise reduziert.

Gesangverein „Lassallia“ Karlsruhe.

Die 1. grosse Damen- u. Fremdensitzung findet am Sonntag, den 11. Januar, im Saale „Kühler Krug“ statt.

Es werden nur die besten Büttenredner und Rednerinnen auftreten.

Aufzug des Elferrats 4.11 Uhr. — Vorher Konzert. — Eintritt pro Person 30 Pfg.

Nach Schluss der Sitzung **Ball** Derselbe frei.

Zu zahlreichem Besuche laden ein **Die Elf.**

Narrenmützen nebst Liederbüchern am Saaleingang erhältlich.

Es scheut



sich Jedermann sein Geld wegzuwerfen.

Sie tun es nicht,

wenn Sie Eckstein-Cigaretten kaufen.

Kleine Eckstein-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

Grösste deutsche Zigarettenfabrik nach Arbeiterzahl (ca. 2300 Arbeiter) 10 Stück 20 Pfg.

Trustfrei



Eine neue Sache ist die Düten-Reklame

D. R.-G.-M. 561 476.

Auf unten genannten Packungen sind auf jeder Düte 10 Reklame-Marken mit Rabatt-Coupon.

Jede Düte hat einen Wert von 50 Pfg.

Also jede Reklame-Marke einen solchen von 5 Pfg., und zwar dadurch, daß jedes der betreffenden an der Düten-Reklame sich beteiligenden Geschäfte beim Einkauf auf je eine Mark eine Reklamemarke seiner eigenen Firma mit 5 Pfg. in Zahlung nimmt. Sonach kostet unter dieser Voraussetzung jeder der unten angeführten Artikel 50 Pfg. weniger als der bezahlte Kaufpreis beträgt.

Wir empfehlen folgende Packungen mit der



als Warenzeichen geschützt.

Pfannkuch's Blutluftkaffee
Marke Glückspilz per 1/2 Pfund 80

Malz-Kaffee (extra schwer)
Marke Glückspilz per 1/2 Pfund Paket . . . 30

Kakao (Marke Glückspilz)
Consum 1/2 Pfund-Paket . 50
Hausmarke, 1/2 Pfd.-Paket 60
feinste Holländer Art 1/2 Pfund-Paket . . . 80

Tea (Marke Glückspilz)
Souchong 40, 50 u. 60
1/2 Pfund-Paket 80
englische Mischung 1/2 Pfund-Paket 80
deutsche Mischung 1/2 Pfund-Paket 1.-

Würfelzucker, „Domino“, Marke Glückspilz das 5 Pfund-Paket 1.20
Maccaroni, Suppen-Nudeln, Gemüse-Nudeln
Marke Glückspilz das 1/2 Pfund-Paket 48

Mehl, feinstes Weizenmehl, Marke Glückspilz, extra gefeibt das 5 Pfund-Paket 95
Wein-Vertrieb für Karlsruhe und Umgebung dieser geleglich geschäftigen Düte nur durch die Firma

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

betannte Verkaufsstellen.

Residenz-Theater
KARLSRUHE
Waldstr. 30

Vollständig neues Programm.
Mittwoch, 7., Donnerstag, 8. u. Freitag, 9. Januar 1914:
Die Ritter von Rhodos
(Die Johanniter-Ritter).
Historisches Drama in 4 Abteilungen.

Die beiden Prahler
Humoreske.
Pathé-Journal
Erste u. beste kinematogr. Berichterstattung der Welt. 6544

Liebe kennt kein Gebot
Grosses Drama in 2 Akten.

Im Kampf mit Rot-häuten
Klärchen heiratet.

Maskenkostüm Reizvoller ist billig zu verkaufen oder zu verleihen. Kaufstr. 18a, 4. Et.

Stuhlflucherei
Lauinger, Marienstr. 75, 4.

Arbeiterbund 'Vorwärts' Durlach
Unsere 11. ordentliche **Generalversammlung** findet am Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Lamm“ statt. Tagesordnung im Lokal. Anträge sind bis längstens Mittwoch ab. nd an den 1. Vorstand schriftlich einzureichen. Hierzu laden wir unsere Mitglieder ein und erwarten zahlreiche Teilnahme. 6505
Der Vorstand.
Abends von 8 Uhr ab Tanzunterhaltung im Lokal.

Allgem. Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.
Wir nehmen Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 29. Dezember 1913 und wiederholen, daß die Ausschüßwahlen **am Dienstag den 10. Februar 1914** im Rathhaussaal hier stattfinden und zwar für: die Arbeitgeber von 9 bis 11 Uhr vormittags die Versicherten von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.
Um Irrthümer zu vermeiden wird bemerkt, daß zu wählen sind:
1. Von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern 20 Vertreter und mindestens 40 Ersatzleute.
2. Von den volljährigen Versicherten 40 Vertreter und mindestens 80 Ersatzleute.
Wahlvorschläge sind bis längstens 13. Januar 1914, abends 6 Uhr beim Vorstand einzureichen.
Rastatt, 5. Januar 1914.
Der 1. Vorsitzende: Wilh. Wetter. 6227

Sie schlafen ruhig,
Sie sind nicht mehr aufgeregt und Herz und Nerven werden nicht geschädigt, wenn Sie statt Bohnenkaffee nur Quietakaffee-Ersatz verwenden. Sein Wohlgeschmack befriedigt auch den Feinschmecker. Er ist koffeinfrei, deshalb unschädlich. Er ist billig, denn 20 Tassen kosten nur 10 Pfg. In Hotels und Pensionen im täglichen Gebrauch. Pfund-Paket zu 70 Pfg. in Drogerien u. Kolonialwarenhandlungen

Mütter können stillen,
die Kinder gedeihen prächtig bei Gebrauch von Quietamalz. Angenehm zu nehmen. Garantiert unschädlich. Ausfallen der Zähne wird vermieden. Bei Mageren werden gefällige Formen rasch erzielt. Der Appetit wird gesteigert, körperliche und geistige Leistungsfähigkeit gehoben. Schwächliche blühen wieder auf. Der Erfolg ist überraschend. Dosen zu Mk. 1.- und 1.80 in Apotheken und Drogerien

Kohlenbezugsverein Offenburg und Umgebung.
Die tagungsgemäße **ordentl. Generalversammlung** unseres Vereins findet am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „zum Anker“ (Rebenzimmer) statt, wozu wir die verehrlichen Mitglieder freundlichst einladen. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Etwaige Anträge bitten wir acht Tage vor der Generalversammlung schriftlich beim Vorsitzenden H. Kolb, Friedrichstraße 58, einzureichen. 6469
Der Vorstand.
Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Trunksüchtige und deren Angehörige
wenden sich an die Beratungsstelle für Alkohol-Kranke im Obergeschoss der Krankenkassenverwaltung **Gartenstrasse 14/16.** Kostenfrei Auskunft an jedermann. Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr.

Partei-, Gewerkschaftslogen
Freunde der Arbeitersache
rauchen 4282

TAG-GEN Zigaretten
2 - 2 1/2 - 3 - 4 - 5 Pfg.
Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. — Stuttgart.
Zu haben in Zig.-Geschäften **Töpfer, Rappurstrasse 10, und Josef Brehm.**
In Durlach: **Otto Hoffmann.**

Schuhflucherei Beste Bedienung, billigste Preise. 6543
H. Lödel, Hardstr. 2a.

Betten · Wäsche · Ausstattungen liefert billigst in guter Ausführung **Christ. Oertel · Karlsruhe** Kaiserstr. 101/103 · Tel. 217 · Rabattmarken.

Metropol-Kino

Mittwoch, Donnerstag und Freitag:

Der Todesfelsen!

6594

Fesselnder Drei-Akter.

Bekanntmachung.

Die Eisbahnen im Stadtgarten und außerhalb des Stadtgartens betr.

Die Benützung der Eisbahnen im Stadtgarten und auf dem ehemaligen Mehlplatz wird während des bevorstehenden Winters wieder in den Straßenbahnwagen, an den Polizeiwachen (Kaiser-Strasse 1, Mendelssohnplatz 1, Wilhelm-Strasse 36, Karl-Friedrich-Strasse 15, am Karls-Tor, Goethe-Strasse 35 undhardt-Strasse 5), sowie an den Schaufenstern der dazu bestimmten Firmen bekanntgegeben werden.

Für die Benützung der Eisbahnen im Stadtgarten und auf dem alten Mehlplatz sind zu zahlen:

a) für einmaligen Eintritt — 20 M

b) für eine Dauerkarte für den Winter 1913/14, die zur Benützung beider Eisbahnen berechtigt 2.— M

Für die Eisbahn im Stadtgarten sind die Karten nur in Verbindung mit Stadtgartenkarten gültig. Kinder zahlen in allen Fällen volle Preise. Die Karten sind nicht übertragbar. Die früher benützten Kartenhefte kommen in Wegfall. Inwieweit solche Hefte noch im Besitze des Publikums sind, gelten sie während der Dauer des Winters 1913/14.

Bei Eisfesten wird ein Aufschlag von 10 Pf. für die Person erhoben.

Sämtliche Karten werden an der Schalterkasse des Stadtgartens und beim Eingang in die Eisbahn auf dem Mehlplatz ausgegeben.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1913.

Die Stadtgarten-Kommission: Siegrist. Lager.

Saison-Ausverkauf

vom 5. bis 17. Januar

Auffallende Preisermässigungen.

Doppelte Marken = 10% Rabatt
auf alle Artikel.

Joh. Hertenstein

Inhaber: Fr. Kuch.

Herrenstrasse 25.

Manufaktur-Waren. Aussteuer-Artikel. Herren- und Knaben-Konfektion.

Beachten Sie meine 10 Schaufenster.

Meine

Filialen

sind bis auf weiteres an

Werktagen von früh 7¹/₂ bis 8¹/₂ Uhr
abends, an Sonntagen von früh
8 bis 10 Uhr

6548

geöffnet.

Emil Bucherer.

Zum sofortigen Eintritt werden noch einige geübte

Arbeiterinnen

zur Sortierung von Lumpen eingestellt. Näheres Durlacherstrasse 34. 6486

Bekanntmachung.

Wir suchen einen tüchtigen jüngeren Sattler, der als

Desinfektor

ausgebildet u. beschäftigt werden soll.

Bei zufriedenstellenden Leistungen und guter Führung erfolgt die Anstellung nach Maßgabe der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Stadt.

Bewerbungen sind unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und der Zeugnisse über die bisherige Tätigkeit alsbald an uns vorzulegen. 6539

Karlsruhe, den 6. Januar 1914.

Städt. Krankenhaus.

Herstellung und Wiederherstellung fester Gehwegdeckungen.

Die für die Herstellung und Wiederherstellung fester Gehwegdeckungen aller Art (mit Ausnahme von Pflaster- und Sandsteinplatten) im Jahre 1914 erforderlichen Arbeiten sollen öffentlich vergeben werden.

Angebote sind verschlossen und mit entz. rechnender Aufschrift unter Benützung der besonderen Vorbrude längstens bis Samstag, 17. d. M., vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen.

Die Bedingungen können auf unserem Geschäftszimmer Nr. 116, Rathaus III. Stod., eingesehen und hier auch die Angebotsvorbrude erhoben werden. 6540

Karlsruhe, den 5. Jan. 1914.

Städt. Tiefbauamt.

Zur Anshilfe sucht Parteigenosse mit guter Handschrift irgend eine Beschäftigung bei Gewerkschaft, auf Büro, Lager, Botengänge zc. Gest. Offert. unt. Nr. 300 an die Exped. d. „Volkfreund“ erbeten.

Gelegenheitskäufe!

Große Posten für große Betten passend

Jacquarddecken, Betteppiche

per Stück Mk. 2.30 2.40 2.60 2.80 3.—
3.50 4.— 4.50 5.— 5.50 6.— 6.50 7.—
7.50 8.— 9.— 10.— 11.— 12.—

Kamelhaardecken in großer Auswahl.

Sehr lohnend für Wiederverkäufer. Lagerbesuch ohne Kaufzwang.

Arthur Baer, Kaiserstrasse 133
1 Treppe hoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse, Eingang bei der kleinen Kirche.

Städtisches Vierordtbad.

Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2—4,5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abend von 8 bis 11,8 Uhr zu ermäßigtem Preis.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis 9 Uhr und 11—2 Uhr, nachmittags 1,5—8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8—12 Uhr.

„Auch über Mittag geöffnet“.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. M. 12—27. Brillen u. Zwiesel.

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 3971

Wilhelm Schwab
Durlacherstrasse 85.

Schuppen! Haarausfall!
verhindert Bergarnika-Haaröl à 50 Pfg. 2501
Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 30. Dezember 1913 bis 2. Januar 1914.
Johanna, R. Adolf Herzog, Ref.-Führer. — Richard Josef Theodor, R. Richard Jungling, Betriebsassistent. — Franz Anton, R. Frz. Streckfuß, Kaufmann.
Eheaufgebot. Johannes Bühler aus Neu-Ulm, Regierungsbaumeister in Pforzheim, mit Olga Fischer von Mannheim. Todesfälle vom 3. bis 6. Januar. Karl Wielandt, Reichsgerichtsrat a. D., Chemann, alt 83 J. — Efriede, alt 1 Mon 28 Tage, R. Karl Bauer, Postanwärter. — August Metz, Bahnarbeiter, Chemann, alt 39 J. — Erna, alt 1 J. 8 Mon. 16 Tage, R. Ludwig Weiß, Schneider.

Ueberziehe
(wenig getragen) von M. 4.— an
Anzüge (wenig getragen) von M. 2.— an
neue Mäntel
zu jedem annehmbarem Gebot, einz. Hosen, Westen, Joppe, sehr billig. 6544

Gelegenheits-Kaufhaus
Werberstrasse 55.

Kaiserstrasse 145

Eingang Dammstrasse, ist im III. Obergesch. eine Wohnung von 7 Zimmern und Zubehö. auf sofort od. später zu vermieten. Näheres beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstrasse 8, Zimmer 169. 6535

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngelbte, Fingerringe, Möbel, Reisekoffer. —
Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy
Markgrafenstr. 22, Tel. 2015.

Ernst Marx
Luisenstrasse 45
Fernruf 3086
empfiehlt sein großes Lager in Herben, Fellen, Grubenöfen, Gasherden, Küchen- und Haushaltungsgartikeln, Lampen für Gas und Petroleum und deren Ersatzteile, Glas, Porzellan, Steingut zc.
Billige Preise! 3748
Reelle Bedienung!

Damenmaskenkostüm,
Pierette, bereits neu, preiswert abgegeben. Näh. Klauwrechtstrasse 47, 1. Stod. rechts. 6538

Cäcilienstr. 4, 8. St. (in der Nähe des neuen Bahnhofs) ist ein gut möbliertes Zimmer billig zu vermieten.

Liebling
Zeife aller Mütter ist die echte Stedenperlbuttermilch-Zeife
v. Bergmann & Co., Nadeben denn sie ist die beste Kinder-zeife, da äußerst mild und wohltuend für die empfindlichste Haut. Et. 30 Pfg. in Mühlburg: Straußhroaerie. 4210

Ueberzieher färbit à 3.— M
Herren-Anzüge à 3.50 M
Damenkleider à 3.— M
Färberei Firnrohr
Kaiserstrasse 28. 5855
Getragene Kleider,
Ueberzieher, Schuhe usw. billig zu verkaufen: Schützenstr. 48, 2. Stod. rechts.



Sinner Biere

sind vorzügliche Qualitäten